Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährl. M. 4.50, monatl. M. 1.60 durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Postkosten; bei Abholung v. d. Exped. M. 4.50 bezw M. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für den 6 gespaltenen Millimeter Satzhöhe 15 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile, die Millimeter-Satzhöhe 40 Pf. — Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. d. vorhergehenden Tages

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 221. Donnerstag, den 2. Oktober 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

Die italienische Kammer aufgelöst.

Weitere Ausdehnung des Verkehrsstreiks in England.

Stillegung der Kohlenzechen in Süd-Wales und Einstellung der Kohlenausfuhr.

Reichswehrminister Noske über die Schwierigkeiten im Baltikum.

Keine Verringerung der deutschen Heeresausgaben.

Die Ernährungszwangswirtschaft wird vorläufig aufrechterhalten.

Die Reichstagsneuwahlen sollen frühestens im März 1920 stattfinden.

Eine unversöhnliche Rede des dänischen Ministers Hansen.

Unsere zukünftige Lebensmittelversorgung

Die Zwangswirtschaft wird aufrechterhalten.

Die Ernährungszwangswirtschaft wird, wie der Staatskommissar für Volksernährung in Preußen, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Peters, gestern vor einer Versammlung von Pressevertretern mitteilte, unter allen Umständen, wenn auch nur vorläufig, aufrechterhalten werden. Ueber die Notwendigkeit dieser Aufrechterhaltung besteht in allen behördlichen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit, trotzdem die augenblicklichen Aussichten der Ernährung nicht ungünstig sind (!!!).

Unsere Ernte ist zweifellos gut, besser als im vergangenen Jahre, bei Brotgetreide ausschließlich Gerste und auch beim Hafer. Wir haben Aussicht, nicht nur den Winter über, sondern das ganze Wirtschaftsjahr hindurch auszukommen. Natürlich dürfen wir an eine wesentliche Erhöhung der Brotration noch nicht denken. Dafür ist aber eine Herabsetzung der Ausmahlung schon am 15. Oktober beschlossen. Bei den Kartoffeln bietet sich noch kein klarer Ueberblick, da die Ernte noch nicht abgeschlossen ist. Die Aussichten im Westen sind auch hier gut, nach Osten nehmen sie etwas ab. Immerhin werden wir auch mit den Kartoffeln mindestens über das Frühjahr hinaus reichen.

Es ist möglich (!!), daß den vielfachen Wünschen, die Kartoffelration zum mindesten während der schweren Wintermonate von 7 auf 9 Pfund pro Kopf zu erhöhen, entsprochen werden kann. Möglich ist auch die Einführung des Bezugsscheinverfahrens, d. h. die Zulassung einer gewissen Selbstversorgung aus den Erzeugergebieten, natürlich unter behördlicher Kontrolle.

Das schwierigste Kapitel bleibt die Fleischversorgung. Die Zustände werden noch erschwert durch die Lederwirtschaft, die es zu Wege gebracht hat, daß der Landwirt für sein Kalb 700 Mk., der Fleischer für das Fell 800 Mk. bekam. Eine neue Verordnung regelt auch hier die Dinge, so daß dieser Mehrerlös bei der Häuteauktion unter Landwirtschaft, Staat und Kommune, die wiederum den Fleischer beteiligen wird, verteilt werden soll. Ohne Rücksicht auf die Kohlennot sollen endlich in diesem Winter die Betriebe zur Margarine- und Oelerzeugung bei der Kohlenversorgung bevorzugt werden, so daß wenigstens dieses lebenswichtige Fett in erhöhtem Maße geliefert werden kann.

Die schwerste blutende Wunde an unserem Wirtschaftskörper bleibt aber das Loch im Westen, durch das trotz aller Proteste ein wilder Lebensmittelschleichhandel vor sich geht und wodurch das ganze Gebäude unserer Ernährungswirtschaft ins Wanken gebracht werden könnte. Dort macht sich freilich schon jetzt eine gewisse Reaktion bemerkbar. Die Lebensmittelzufuhren lassen nach, und die besetzten Gebiete merken bereits ein Ende des unnatürlichen Zustandes, daß sie selbst reichlich beliefert waren, während in Lyon Lebensmittelkrawalle stattfanden, in Paris der leitende Ernährungsbeamte gestürzt wurde und man sich in London mit dem Gedanken der Einführung der Brot- und Fleischkarte trägt.

Eine wesentliche Voraussetzung der Zwangswirtschaft ist natürlich die Achtung vor der Staatsautorität (!!). Die Durchlöcherung des Kartensystems muß auch die Lieferungsfreude des Landwirts beeinträchtigen. Es wird infolgedessen notwendig sein, die einmal für richtig erkannte vorläufige Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln zur Anerkennung und Durchführung zu bringen.

Besseres, aber teueres Brot.

Nach Auskunft der Reichsgetreidestelle wird die niedrigere Ausmahlung des Brotgetreides zwecks Erzielung eines wohlschmeckenderen und bekömmlicheren Brotes von Mitte Oktober ab verwirklicht. Während bisher Roggen und Weizen eine Ausmahlung von 94 Prozent erfuhren, wird der Roggen nach dem 15. Oktober nur zu 82 Prozent und der Weizen zu 80 Prozent ausgemahlen werden. Bei Gerste erfolgt die Herabsetzung bis zu 75 Prozent. Jedoch müssen die vorhandenen und bis zum 15. Oktober entstehenden Mehlbestände zunächst aufgearbeitet werden. Die wesentliche Qualitätsverbesserung des Brotes ist natürlich auch auf die Gestehungskosten des Brotes nicht ohne Einfluß. Da es nicht möglich ist, die Differenz zwischen dem jetzigen und künftigen Preise gänzlich aus Reichsmitteln zu begleichen, wird sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht umgehen lassen.

Die deutschen Truppen im Baltikum.

Reichswehrminister Noske zur Ententenote.

Wie die „Voss. Ztg." aus parlamentarischen Kreisen vernimmt, hat sich Reichswehrminister Noske gestern vormittag in einer Ausschußsitzung über die mutmaßliche Stellung der Reichsregierung zur neuen Ententenote bezüglich der sofortigen Räumung der Randstaaten ausführlich geäußert. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln bestrebt sein, loyal durchzuführen, wozu sie vertraglich verpflichtet ist. Es sind bereits die stärksten Maßregeln gegen die Zuwanderung von deutschen Truppen nach den Randstaaten ergriffen worden. Der Verkehr ist gesperrt. Selbstverständlich lassen sich die Verhältnisse bei einem Grenzverkehr nicht so durchgreifend restlos unterbinden, weil Flüchtlinge in der Nacht auf Schleichwegen die Grenze passieren. Aber auch in bezug auf den Grenzverkehr ist alles Menschenmögliche geleistet worden, den Wünschen der Entente zu entsprechen.

Graf v. d. Goltz ist zurückberufen. Die Hauptschwierigkeit besteht jetzt darin, wie man die etwa 3000 Mann, die in russische Dienste eingetreten sind, erfassen könne. Dabei ist die Feststellung der Tatsache nicht unwichtig, daß es sich nicht etwa um 50 000 Mann deutscher Truppen in den Randstaaten handelt, wie in der gegenwärtigen Presse vielfach behauptet worden ist, sondern um eine wesentlich geringere Zahl, die weit unter 20 000 beträgt. Selbst von dieser geringeren Zahl ist bereits zurückgezogen worden, was irgendwie zu erreichen war. Es soll jetzt mit Nachdruck alles Erdenkliche daran gesetzt werden, den letzten Rest deutscher Truppen gemäß den Wünschen der Entente zurückzuziehen. Dafür wird die Entsendung einer gemischten Kommission nach Kurland als bestes Mittel angesehen. Auch in der oberschlesischen Frage hat sich ja die Ententekommission unter Führung des Generals Dupont, der übrigens heute wieder aus Paris in Berlin eintrifft, als Element der Beruhigung erwiesen. Der Vorschlag auf Entsendung einer gemischten Kommission ist von Ententeseite, besonders von den Amerikanern, lebhaft befürwortet worden.

Keine Verringerung der Heeresausgaben.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte der Reichswehrminister, im Hinblick auf die Vorgänge im Osten habe die beabsichtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht eintreten können. Statt einen Abbau eintreten zu lassen, müßten dorthin mehr Leute geschickt werden, um die heimatlichen Gebiete gegen Einfälle der Bolschewisten zu sichern. Die spartakistischen Unruhen in Oberschlesien forderten ebenfalls ein starkes Aufgebot an Reichswehr. Dank derselben sei die Ruhe wiederhergestellt, die Kohlenförderung im Steigen. Bei den Heeresposten seien noch Ausgaben für die zur Entlassung kommenden zahlreichen Soldaten und Gefangenen eingesetzt. Die Stärke der Reichswehr belaufe sich zurzeit auf rund 400 000 Mann. Die Bestände seien aber stark im Schwinden, da die Werbung seit anderthalb Monaten untersagt sei. Viele Soldaten seien ausgeschieden, wenn sie Arbeitsgelegenheit gefunden hätten. Er werde schließlich die Anwerbung wieder in Aussicht nehmen müssen.

Abgewiesene polnische Angriffe.

Breslau, 30. Sept. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit, daß bei Wilmersdorf südlich Groß-Goschütz und bei Luptscha-Lublinitz unsere Postierungen von polnischen Banden angegriffen, die Banden aber verjagt wurden.

Tirpitz' Erinnerungen.

Das längst mit Spannung erwartete Werk des Großadmirals v. Tirpitz über seine Tätigkeit und Mitwirkung an maßgebender Stelle in und vor dem Weltkriege ist erschienen und verdient von jedem Deutschen gelesen zu werden. Die Fülle des Stoffes und des notwendig Wissenswerten für jeden, den des Vaterlandes Schicksal am Herzen liegt, ist so gewaltig, daß sie sich in einem kurzen Zeitungsartikel nur andeuten, aber bei Weitem nicht ausschöpfen läßt. Im Ganzen ist das Buch eine furchtbare Anklage gegen Kaiser Wilhelm II. und seine auserwählten Ratgeber — nicht in dem Sinne etwa, als ob es Wilhelm II. und seinen Handlangern (die Männer von Einfluß auf den letzten Kaiser waren in der Tat nichts anderes als das) die subjektive Schuld an dem Entstehen des Weltkrieges aufbürdete. Diese ist ja für jeden Denkenden längst geklärt und als in der Mißgunst Englands, der Rachsucht Frankreichs und dem aufgepeitschten Fanatismus des Panslawismus begründet festgestellt. Aber die Oberflächlichkeit und der durch eine beutegierige Höflingsklique rein gezüchtete pathologische Größenwahn Wilhelms II., seine politische Blindheit waren die besten Bundesgenossen Englands. Großadmiral von Tirpitz — unter Larven die einzige fühlende Brust, wenn man von den Generalstäblern in der kaiserlichen Umgebung absieht — aber traf das tragische Geschick, mit ungemein klarem politischen und staatsmännischen Blick begabt, sich durch eine Stuckmauer von Schranzen von jedem eindringenderen Einfluß auf den Kaiser abgesperrt und diesen haltlos in dem Tümpel der Speichelleckerei und des politischen Kretinismus treiben zu sehen. Die tragische Schuld Wilhelms II. an dem Zusammenbruch Deutschlands wird hier mit schonungsloser Offenheit, aber ohne die geringste Animosität, nur aus unbestechlicher Wahrheitsliebe heraus, klargelegt. Erschütternd und aufwühlend wirkt dies Bekenntnis aus dem Munde eines alten überzeugten Royalisten, der für seinen Kaiser und König jederzeit Gut und Blut einzusetzen bereit war!

Wir lassen nur eine kleine Auslese aus dem Buche hier folgen.

Ueber den letzten Besuch beim Altreichskanzler berichtet Tirpitz:

„Ich bin noch zweimal bei dem alten Herrn gewesen, das letztemal im Gefolge des Kaisers, der sich nach der feierlichen Verabschiedung des nach Tsingtau gehenden Prinzen Heinrich mit der ganzen Gesellschaft von Rendsburg aus etwas plötzlich in Friedrichsruh angesagt hatte. Bismarck empfing den Kaiser im Rollstuhl an der bescheidenen Eingangstür des Landhauses. Wir gingen gleich zu Tisch, Bismarck setzte sich mit fremder Unterstützung, war aber, nachdem er saß, wieder ganz frisch. Ich hatte den Platz schräg gegenüber dem Fürsten, neben dem der Kaiser saß, zu meiner Seite der spätere Generaloberst v. Moltke. Der Fürst versuchte, politische Gespräche anzuspinnen, über unser Verhältnis zu Frankreich usw. Zu meinem größten Bedauern ging der Kaiser auf diese Gespräche nicht ein, sondern es wurde die an der kaiserlichen Tafel häufige Anekdötchenunterhaltung geführt. Immer wenn Bismarck von Politik anfang, vermied es der Kaiser darauf zu achten. Moltke flüsterte mir zu: „Es ist furchtbar"; wir fühlten den Mangel an Ehrfurcht vor einem solchen Manne. Da sprach Bismarck aus irgend einem Zusammenhang heraus ein Wort, das sich uns in seiner prophetischen Schwere eingrub: „Majestät, solange Sie dies Offizierskorps haben, können Sie sich freilich alles erlauben; sollte das nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders." An der scheinbaren Nochalance, mit welcher das herauskam, als ob nichts darin liege, zeigte sich eine großartige Geistesgegenwart; daran konnte man den Meister erkennen.

Als wir aufbrachen, begleitete der Fürst den Kaiser im Rollstuhl bis an die Tür und dann nahmen wir einzeln Abschied. Bismarck verabschiedete sich freundlich von Bülow, von Miquel und anderen. Vor mir kam der Kabinettschef v. Lucanus daran, der 1890 bei Bismarcks Entlassung mitgewirkt hatte. Er versuchte dem Fürsten die Hand zu geben und einen Bückling zu machen. Da entwickelte sich ein merkwürdiges Schauspiel, das von gewaltigem Eindruck war. Der Fürst saß da wie eine Statue, keine Muskel rührte sich, er sah ein Loch in die Luft, und vor ihm zappelte Lucanus. Der Fürst drückte an sich nichts aus, es lag keine Abneigung in seinen Zügen, aber er war unbewegliche Maske, bis Lucanus begriff und sich entfernte. Dann kam ich, und nach mir mein treuer Kapitän v. Heeringen. Der war so hingerissen (er war ein temperamentvoller Herr), daß er sich herunterbückte und dem Fürsten die Hand küßte. Ich freute mich darüber; ich hatte auch versucht, dem Fürsten etwas zu fühlen zu geben, soweit man es kann, aber die Handlung des Herrn v. Heeringen war stärker. Da nahm der Fürst Heeringens Kopf und küßte ihn auf die Stirn.

Das ist meine letzte Erinnerung an Bismarck."

Eine geradezu wunderbare Urteilsfähigkeit und Klarheit offenbart Tirpitz in seinen Briefen aus dem Hauptquartier während der ersten Kriegsmonate. Wir geben hier einige wenige von diesen.

Koblenz, 19. August 1914. Zum Frühstück bei S. M. S. M. war ziemlich befriedigt von den Nachrichten aus den Kriegsschauplätzen. Nach Tisch mußte ich über zwei Stunden mit ihm im Garten spazierengehen. Glücklicherweise gingen wir langsam, und es war warm. Ich habe alles versucht, ihn fest zu machen. Zurzeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0001

war es aber nicht erforderlich. Er übersah die Situation vollständig und hatte ganz klare Ansichten. Wenn er nur nicht Bethmann gehabt hätte in den letzten Jahren, so wäre alles besser geworden. Er war stolz, daß seine sechs Söhne vor dem Feinde ständen. Ich gratulierte ihm dazu. Es wäre dies auch notwendig für die Dynastie der Hohenzollern. Er war m. E. etwas zu optimistisch betreffs der Niederzwingung Englands, hielt sich sehr stark an die Gerechtigkeit Gottes. Ich bestätigte dies, fügte aber hinzu, wir müßten auch unsererseits diese verdienen. Männer seien notwendig an allen Stellen. Ich konnte doch nicht den Finger in die Wunde legen, besonders, da ich die Ueberzeugung habe, daß er Bethmanns Unzulänglichkeit vollständig erkennt.

Koblenz, 30. August 1914. . . . Es ist ja wohl zu früh zum Urteilen, aber hat Ingenohl den Genius des Siegers? Pohl hat ihn sicher nicht. Ich kann aber an den Kaiser garnicht heran in diesen Dingen, was die Analogie mit dem Generalstab, unterstützt von Müller, bewirkt hat. Offenbar ist der Kaiser gegen mich scharf gemacht. Dabei habe ich die Empfindung, gerade in diesen Fragen mehr in der Nase zu haben, als Pohl im ganzen Schädel. Bethmann bearbeitet Pohl fortwährend, die Flotte nicht einzusetzen. Das wäre der Tod unserer Flotte nach dem Kriege. Er und die ganze Bande von Diplomaten will die Flotte verkaufen beim Friedensschluß mit England, das ist das ganze Geheimnis. (!!)

Luxemburg, 3. September 1914. Es ist der Kaiser, der Ingenohl bremst. Er will nichts mit der Flotte riskieren. Er will zurückhalten bis Winter, wenn nicht überhaupt. Drängen ist jetzt sehr schwierig, man weiß nicht wie lange Frankreich durchhält, und dann haben wir doch nicht das doppelte bezw. vierfache gegen uns. Dazu kommt der Winter.

Charleville, 8. Oktober 1914. Vom Kaiser ging ich vorgestern ganz niedergedrückt nach Hause. Fast eine Stunde Vortrag über ein politisches Gespräch mit einem Bourgeois, bei dem er in St. Quentin einlogiert war und dem er seine ganze politische Auffassung dargelegt hatte. Stelle Dir des Kaisers Großvater vor in seiner Lage! Dann Einzelheiten aus dem Felde. Was wird aber, wenn er nervös zusammenbricht? Davon ist in der Verfassung nichts vorgesehen . . .

Nach den Ereignissen wird die heutige Bedeutung der U-Boote noch überschätzt. Es ist richtig, daß die englische Flotte nicht herankommt. Ich will auch zurzeit nicht, daß unsere Flotte nach England geht und wir dort schlagen. Aber ich halte für absolut falsch, daß man Ingenohl den Befehl gegeben, „nichts zu riskieren", gegen keine Uebermacht zu schlagen. Das heißt mit anderen Worten, unsere Flotte einbalsamieren, und dann stelle Dir den Frieden vor. Es gehörte ein Mann von großer Entschlußkraft dazu, mit unserer Flotte etwas zu machen . . . .

Ich kann mir kaum vorstellen, nachdem die furchtbaren Fehler von der Heeresleitung im August gemacht worden sind, wie wir aus diesem Kriege mit Ehren herauskommen sollen. Die einzige Hoffnung bleibt das Durchhalten und Durchhaltenkönnen; dazu gehören aber eiserne Männer, und wenn man die Leute um den Kaiser und Bethmann sieht, so wird man arm an Hoffnung. Nach dem Kriege freilich kommen gewaltige Umänderungen im Innern. Du weißt ja, wie oft ich gesagt habe, es muß eine Katastrophe kommen, man weiß nur nicht wie und wann. Man sah es daherkriechen und konnte doch nichts ändern und wird zum Schluß als der Schuldige genannt werden. Deshalb wird mir meine Anwesenheit hier so schwer. Viele haben auf mich gerechnet, und ich kann nichts ändern, und das Wenige, was ich tun könnte auf maritimem Gebiet, wird mir auch verschlossen, **weil man das Spielzeug nicht verlieren will. Wie alles, war auch dieses nur Spielzeug. (!!!)**

Welche ungeheure Tragik liegt in diesen letzten Aeußerungen.

Ueber den U-Bootskrieg hat sich Tirpitz stets sehr zurückhaltend ausgesprochen. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß er nur im Frühjahr 1916 bedingt mit einem — und zwar rücksichtslosen und nachhaltigen — Einsetzen der U-Boote und mit forciertem Bau leistungsfähigster Unterseeschiffe einverstanden war. Der Befehl zur Eröffnung des U-Bootkrieges hat ihn umso mehr überrascht, als wenige Tage vorher in einer Konferenz mit ihm auf diese Eröffnung verzichtet worden war. Die ganze haltlose Zickzacktaktik, durch welche der U-Bootkrieg erfolglos wurde, war schon während seiner Amtstätigkeit ohne jeden Einfluß seinerseits eingeschlagen worden.

Ein Mann wie Tirpitz mit seiner eisernen zielklaren Energie, seinem rücksichtslosen Siegeswillen und festgefügten Staatsgefühl war den Lemuren, die von der Huld Wilhelms II. lebten, ein Dorn im Auge. Er mußte gehen, weil er den politischen Ideologen und höfischen Drohnen in gleicher Weise unbequem war. Heute müssen wir erkennen, daß mit Tirpitz' Scheiden aus dem Dienst das Schicksal unseres unglücklichen Vaterlandes besiegelt war.

Schreiber dieses kann aus eigenem Erinnern bestätigen, daß in militärischen Kreisen ebenso wie auch in hohen Beamtenkreisen das Urteil über Kaiser Wilhelm II. schon vor dem Kriege ein sehr übles war. Fiel doch z. B. in der Ausschußsitzung eines großen vaterländischen Vereins in Anwesenheit hoher Offiziere z. D. (deren einer sich im Weltkriege Unsterblichkeit errang), Gelehrter von Rang, Geheimer Räte und Publizisten von Ruf aus dem Munde eines verdienten Generals auf die Anregung, die Förderung des Kaisers für die Vereinszwecke zu gewinnen, die Aeußerung: Der Kaiser ist ja Deutschlands Unglück! Und alle stimmten ihr bei bis auf einen, der besonderen Gunst Wilhelms II. teilhaftigen Industriellen. Heute klingt dies Wort gewiß allen Teilnehmern wie eine furchtbare, in unheilvollster Weise erfüllte Prophezeiung in den Ohren.

Dänemarks Front gegen Süden.

Eine aggressive Rede des Ministers Hansen.

Kopenhagen, 30. Sept. **Laut Meldung von „Politiken" aus Apenrade führte der dänische Minister für Schleswig Hansen in einer Volksversammlung in Sonderburg aus: Die angestrebte Lösung der nordschleswigschen Frage auf nationaler Grundlage bedeute nicht, daß Dänemark seine Vorposten nach Süden aufgebe. Man solle mit allen Kräften dahin arbeiten, eine möglichst große Mehrheit sowohl in Nord-Schleswig, als auch in Mittel-Schleswig zu erhalten. Der Feind stehe im Süden. Deshalb müsse aber das ganze Land mit großer Stimme aus Tusend und aber Tausend Kehlen den Ruf ertönen lassen: Front gegen Süden!**

Die Politik der Tschecho-Slowakei gegenüber Deutschland.

Prag, 30. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sprach der Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Bomosch über die außenpolitischen Verhältnisse der tschecho-slowakischen Republik. **Bezüglich Deutschlands äußerte er: Neben dem großen Block der Alliierten stelle sich für uns der germanische Block und der russische auf.** Die Rechtsbasis unserer Beziehungen zu den Deutschen, die in dem Friedensvertrag niedergelegt ist, genügt nicht. Die Kunst der Diplomatie und Politik muß hinzukommen. **Eine loyale und korrekte Politik Deutschland gegenüber liegt in unserem Interesse, aber wir dürfen niemals ein Spielzeug in den Händen eines Nachbarn werden.**

Laut Brünner „Lidove Noviny" äußerte Minister Bomosch zu Vertretern der tschechischen Presse: **Mit den Alliierten sind wir moralisch und militärisch verbunden. Den Deutschen stellen wir uns ebenso gegenüber wie die Alliierten. In Paris waren unsere Vertreter nicht gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Eine Konföderation der Donaustaaten birgt die Gefahr einer monarchischen Reaktion in sich.** — Auf Anregung des Ministeriums des Aeußern soll in Prag eine tschechisch-französische Handelskammer errichtet werden, die mit der Pariser tschechisch-französchen Handelskammer die Handelsbeziehungen zwischen der tschecho-slowakischen Republik und Frankreich ausgestalten soll.

Eine neue unverschämte Forderung.

Amsterdam, 30. Sept. Das Reutersche Büro meldet **aus Paris, daß der Oberste Rat beschlossen habe, darauf zu bestehen, daß Deutschland den Erlös aus dem Verkauf des Luftschiffmaterials aushändige.**

Deutsch-französische Schlägereien in Ludwigshafen

Mannheim, 30. Sept. **In der Badischen Anilin- und Sodafabrik kam es zwischen der französischen Wache und den Arbeitern aus bisher unaufgeklärter Ursache zu einer großen Schlägerei. Die Franzosen mußten schließlich vor der Menge weichen, wobei der Wachthabende eine Salve abgeben ließ. Zwei Zivilisten wurden getötet und eine große Anzahl verletzt. Die Gewerkschaften fordern energisch die Beseitigung der Wache, die überflüssig sei.**

Der Sturm in Italien.

Auflösung der Deputiertenkammer.

Bern, 30. Sept. **Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen sind zum 10. Oktober ausgeschrieben. Senat und Kammer werden am 1. Dezember zusammentreten. Irgendwelche Umbildungen im Kabinett sind vorläufig nicht zu erwarten. Ebenso ist die Erörterung der Friedensverträge damit bis auf weiteres vertagt.**

Besorgnisse in der italienischen Presse.

Die Nachricht von der Auflösung der italienischen Kammer hat die größte Ueberraschung hervorgerufen. Noch gestern hatte niemand Nitti diese Entschlossenheit des Handelns zugetraut. Aus den Preßkommentaren spricht bereits die Besorgnis über das voraussichtliche Ergebnis des kommenden Wahlkampfes unter Nitti. „Corriere della Sera" verlangt, daß die Vorbereitungen von einem Ministerium vorgenommen werden, das in seiner Mehrheit aus Nationalisten besteht. „Secolo" gibt zu, daß zwar die Auflösung der Kammer konstitutionell zu rechtfertigen sei, daß aber der Wahlkampf sich in einer Atmosphäre abspielen werde, die durch die ungelöste Frage von Fiume und die aufgeregte öffentliche Meinung elektrisiert sei. „Popolo d'Italia" fragt, ob der König sich bewußt sei, welchen Verrat er durch die Unterzeichnung des Auflösungsdekrets übernommen habe. „Avanti" bringt seine Zufriedenheit über die Intervention der Sozialisten in der letzten Sitzung zum Ausdruck, wodurch die Durchführung der Abstimmung erzwungen wurde.

Erklärungen Nittis in der Kammer.

Rom, 30. Sept. (Agenzia Stefani.) In der Kammer erklärte Ministerpräsident Nitti, er billige die Ausführungen Tittonis in vollem Umfange. Er dementierte die Ausstreuungen über angebliche Unstimmigkeiten im Kabinett, betonte aber, daß die Lage außerordentlich heikel sei. Nitti bedauerte, daß Angehörige der Armee sich an der Fiumer Bewegung beteiligten, denn ihre heiligste Pflicht sei die Manneszucht. Er verteidigte die Regierung gegen den Vorwurf, die Ereignisse vorausgesehen und der Bewegung nicht vorgebeugt zu haben, und bat um die Mitarbeit aller derjenigen, denen das Vaterland teuer ist.

* * *

Bulgariens Trauer.

„Temps" wird aus Sofia gemeldet: Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen hat große Bestürzung hervorgerufen. Zahlreiche Blätter tragen einen schwarzen Trauerrand. Die Kaffees und öffentlichen Gebäude werden auf Anordnung des Ministers des Innern zum Zeichen der Trauer um 9 Uhr geschlossen. Die Zeitungen erklären, daß der Vertrag unannehmbar sei. Es heißt indessen, daß die öffentliche Meinung nach und nach zu einer besseren Einschätzung der für Bulgarien geschaffenen Lage gelangt.

Spanische Offensive gegen Raisuli.

Amsterdam, 30. Sept. „Times" melden aus Madrid, daß die Offensive der Spanier gegen Raisuli begonnen hat. Eine aus Eingeborenen zusammengesetzte Truppenabteilung, die, von spanischen Offizieren geführt, durch das Dorf Beni Salen zog, fiel in einen Hinterhalt. Die Truppen meuterten darauf und ermordeten die spanischen Offiziere.

Ausdehnung des Streiks in England.

Regierungsmaßnahmen wie bei einem feindlichen Ueberfall.

Der große Streik im britischen Inselreich ergreift immer weitere Kreise. In England, Schottland und Wales steht der Eisenbahnverkehr größtenteils still, auch in Irland wurden schon Streikausschüsse gebildet. Der Amsterdamer „Telegraaf" meldet vom 30. September: In den Fabrikbetrieben beginnen sich die Folgen des Streiks bemerkbar zu machen. Viele Fabriken und Kohlenbergwerke werden im Laufe des Tages schließen. Die von der Regierung getroffenen Maßregeln für den Transport sind dieselben wie die, die für den feindlichen Einfall in das Land vorgesehen waren, durch den London und andere Städte abgeschnitten worden wären. Der Transport vollzieht sich größtenteils mit Motorwagen. Die Luft ist voll von Flugzeugen. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Appleton, erklärte in einer Unterredung, er glaube, daß es überhaupt nicht zum Streik gekommen wäre, wenn die Mitglieder des Eisenbahnerverbandes darüber abgestimmt haben würden. — Alle Morgenblätter sind mit geringerer Spaltenzahl als während des Krieges erschienen. Sie erklären alle, daß die Eisenbahner sich die Sympathie des Publikums vollständig verscherzt hätten, und verlangen, daß der Konflikt bis zum Aeußersten ausgekämpft werde.

Die Verkehrsnot wächst . . .

Laut Meldung des „Telegraaf" ist der Hydepark in London, der als Depot für Motorlastwagen benutzt wird, jetzt für das Publikum vollständig geschlossen. Die Häfen von Cardiff, Swansea und Newport sind blockiert. In Newport ist der Verkehr vollständig lahmgelegt. Der in England vorhandene Lebensmittelvorrat reicht für etwa 14 Tage.

Englische Flugpost nach Havre.

Das Reutersche Bureau meldet: Wegen der großen Stauung im Verkehr nach und von dem Kontinent wird die Handly Page-Gesellschaft ihren Flugdienst verdoppeln und von Montag mittag ab auf Grund einer Vereinbarung mit dem Postministerium die englische Post nach Havre durch Flugzeuge befördern.

Ende des Verkehrsstreiks in Schottland?

Amsterdam, 30. Sept. **75 Prozent der Lokomotivführer an der südlichen Stadtbahn sollen eingewilligt haben, die Arbeit wieder aufzunehmen.** Auf den Hauptlinien in Schottland ist bereits ein beschränkter Dienst eingerichtet worden. Eine beträchtliche Zahl von Lokomotivführern und anderen Bahnangestellten hat die Arbeit wieder aufgenommen. Auf der Brighton-Südküste-Bahn sind zwei Versuche gemacht worden, Züge zum Entgleisen zu bringen.

Eine Kundgebung der Regierung.

Die Londoner Regierung veröffentlicht eine Kundgebung, in der das Publikum aufgefordert wird, bei der Niederkämpfung des Streiks Hilfe zu leisten, indem an Kohlen und Nahrungsmitteln gespart und Post, Telegraph und Telephon so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird. Die Regierung fordert weiter Freiwillige für die Bedienung der Lastkraftwagen an. Ferner wurden ausgedehnte Bestimmungen für die Aufrechterhaltung der Lieferung, Beförderung und Verteilung von Milch, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln erlassen.

Großer Kohlenarbeiterstreik in Südwales?

Amsterdam, 30. Sept. Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß erwartet wird, daß in den Kohlenbergwerken in Südwales heute überall der Betrieb eingestellt wird. Tausende von Arbeitern der Eisenindustrie sind bereits brotlos. Nach verschiedenen Punkten von Südwales sind Truppen entsandt worden.

90 Prozent der Bergarbeiter zum Streik gezwungen.

Amsterdam, 30. Sept. Der „Telegraaf" meldet aus London, daß in Südwales 300 000 und in Rhonda 30 000 Bergarbeiter erwerbslos sind. Der Generalsekretär des Maschinisten- und Heizerverbandes erklärte, er rechne mit einer Streikdauer von sechs Wochen. Die gesamte Textilindustrie in Lancashire ist infolge des Eisenbahnerstreiks ernstlich bedroht. In Leeds haben zwei große Stahlfabriken schließen müssen. Der Führer der Bergarbeiter hat erklärt, daß in zwei bis drei Tagen infolge des Eisenbahnerstreiks 90 Prozent der Bergarbeiter zum Streik gezwungen werden würden.

Einstellung der Kohlenausfuhr aus England.

Amsterdam, 30. Sept. Reuter meldet, daß Anordnungen erteilt wurden, nach Mitternacht in Cardiff die gesamte Verschiffung von Kohlen einzustellen, so daß alle verfügbaren Kohlen den Verbrauchern zugute kommen.

* * *

Der Bremer Transportarbeiterstreik beendigt.

Bremen, 30. Sept. Der Streik im Hafen scheint durch Annahme einer in einer Versammlung der streikenden Transportarbeiter, zu der auch 40 Seemannsbündler erschienen waren, vorgeschlagenen Resolution sein Ende erreicht zu haben. Hiernach soll die Arbeit bis 4. Oktober unter der Voraussetzung, daß Maßregelungen der Seeleute und der Hafenarbeiter seitens der Arbeitgeber unterbleiben, wieder aufgenommen werden. Die fremden Hafenarbeiter sollen den Hafen sofort verlassen. Die Reeder werden voraussichtlich diese Forderungen annehmen. Bis zur Wiederaufnahme der Arbeit setzen die Freiwilligen ihre Tätigkeit fort

Dänische „Streikbrecher".

Hamburg, 30. Sept. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der streikenden Mitglieder des Seemannsbundes forderte der Vorsitzende der Ortsgruppe auf, im Streik auszuharren, wenn auch der Transportarbeiterveband gegen den Streik sei. Es sei zu bedauern, daß die Hamburger Hafenarbeiter die dänischen Schiffe in Hamburg löschten und dadurch den dänischen Hafenarbeiterstreik unmöglich gemacht haben. Denn es sei leider Tatsache, daß der Streik in Kopenhagen beendet sei.

Berlin am Donnerstag ohne Licht?

Berlin, 30. Sept. Am Donnerstag wird, wie der Metallarbeiterverband erklärt, für diesen Tag die Licht- und Kraftzufuhr in Berlin völlig eingestellt werden, da auch die Elektrizitätsarbeiter sich an den vormittag um 11 Uhr angesetzten Versammlungen beteiligen wollen. Die Elektrizitätsarbeiter erklärten, den Beschlüssen der 15er-Kommission zu folgen. Im Laufe des heutigen Tages meldeten sich bei der Leitung des Metallarbeiterverbandes die Vertreter der Arbeiterschaft von 19 neuen Firmen, die morgen in den Streik treten werden.

Preußische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurden zunächst kleine Anfragen erledigt. Die Vorlage wegen der einmaligen Teuerungszulagen wird auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt, die Vorlage betreffend die Errichtung einer Provinz Oberschlesien an den Ausschuß zurückverwiesen.

Die

zweite Haushaltsberatung

wird beim Finanzministerium fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun verteidigt seine Verordnung über den Abschluß von Tarifverträgen mit den Landarbeitern. Die Verordnung wird aufgehoben werden, sobald keine Gefahr mehr für die Ernte besteht.

Finanzminister Dr. Südekum: Solange wir Fehlbeträge in den Eisenbahnen haben, können wir zu keiner Gesundung unserer Finanzen kommen. Hätten die Feinde sich an die 14 Punkte Wilsons gehalten, dann würde Deutschland sich in weniger als einem Menschenalter in finanzieller Hinsicht erholt haben. Wenn es aber nach den aberwitzigen Plänen der Franzosen geht, dann ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0002
DFG

jede Aussicht für die Zukunft für uns verloren.

Aber auch der Bau der Entente wird nicht in den Himmel wachsen. Wir treten die Steuerhoheit an das Reich ab, aber wir müßten Sicherungen für die finanzielle Erhaltung Preußens fordern. Von der Gestaltung der Reichseinkommensteuer und ihren Ausführungsbestimmungen wird es wesentlich abhängen, wie unsere Lage im Innern wird.

Abg. Ernst (Ztr.): Wir kommen ohne den deutschen Einheitsstaat nicht mehr aus. Das Ruhegehaltswesen in Preußen muß in gleicher Weise geregelt werden wie im Reiche, und auch die Gemeinden werden analoge Bestimmungen treffen müssen. Erzberger hat eine sehr traurige Erbschaft angetreten. Es muß jetzt endlich zugegriffen werden. Das Reichsnotopfer der Besitzenden ist nicht zu umgehen

Abg. Dr. v. Richter (D. Vpt.): In der Uebertragung der Steuerhoheit auf das Reich liegt die Aufgabe der Souveränität der Einzelstaaten, und sie ist auch mit der Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise und Gemeinden unvereinbar. Die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer muß einheitlich im ganzen Reiche durch die Reichsbehörden erfolgen. Das

schwerste Bedenken gegen das Reichsnotopfer,

daß es von der Entente mit Beschlag belegt werden könne, ist von keiner Seite widerlegt worden. Wer jetzt nicht am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeitet, fällt mit Recht der Verachtung anheim. Erfreulicherweise hat die Sehnsucht, zu Ruhe, Ordnung und Arbeitsmöglichkeit zu kommen, jetzt auch die weitesten Arbeiterkreise wieder ergriffen.

Abg. v. Kries (Dn.): Die Auffassung des Finanzministers von der Zukunft ist doch wohl etwas optimistisch. Die Gemeinden werden in unerträglicher Weise uniformiert. Die Zahl der Beamten muß verringert, aber gut besoldet werden. Die lebenslängliche Anstellung darf man ihnen nicht nehmen. Auch uns steht das Vaterland höher als die Monarchie. Aber wir glauben, daß das wahre Wohl des Vaterlandes eben

in der Verbindung mit der Monarchie

liegt. Die neuen Reichstagswahlen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Mittwoch Fortsetzung.

Die Neuwahl zum Reichstage.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich von gut unterrichteter Seite erfahre, ist an die Neuwahlen zum Reichstag in diesem Jahre nicht mehr zu denken. Der Reichstag kann frühestens im März 1920 gewählt werden. Das ist wenigstens heute die Auffassung der maßgebenden Stellen. Bis dahin muß die Nationalversammlung an Stelle des Reichstages handeln. (Daß das ein Bruch der Verfassung ist, stört die „maßgebenden Stellen" augenscheinlich nicht!)

Bayrische Anklagen gegen das Reich.

München, 30. Sept. Im Finanzausschuß des Landtages führte Finanzminister Speck aus, daß man im Reiche den Bestrebungen der bayrischen Regierung auf Bekämpfung des Wuchers, der die Teurung und damit die schwierige Lage der Beamten verursache, nicht die nötige Beachtung geschenkt habe. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Held, meinte, man könne nicht damit rechnen, daß das Reich mit der Uebernahme der Finanzverwaltung auch die bayrische Schuld (das Gesamtdefizit beträgt 1200 Millionen Mark) übernehme. Man behandle heute die Einzelstaaten genau so schnoddrig wie früher. In der Frage der Produktionssteigerung und der Behebung des Wuchers habe das Reich versagt.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

In einem Mittagsblatt wurde eine Nachricht aus München veröffentlicht, Erzberger habe die unglücklichen Auslandsdeutschen, welche etwa 30 Milliarden Schaden erlitten hätten, mit einer ärmlichen Milliarde ein für allemal abgespeist. Der Bund der Auslandsdeutschen erklärt hierzu, aus dem in seinen Händen befindlichen Material ergebe sich ein Schaden von etwa 15 Milliarden. Die von der Nationalversammlung gewährte Summe von einer Milliarde ist ein Vorschuß und nicht eine endgültige Abfindungssumme. Die Regierung und die Nationalversammlung wollen mit dieser Vorentschädigung den Auslandsdeutschen Gelegenheit geben, sich in das deutsche Wirtschaftsleben wieder einzugliedern, um als erfahrungsreiche Mitarbeiter zum Wiederaufbau desselben beizutragen.

Aus Stadt und Umgebung

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. Oktober werden zur Verringerung der für 1919 zu erwartenden Fehlbeträge bei den deutschen Eisenbahnen die Fahrpreise bekanntlich um 50 v. H. erhöht. Diese wesentliche Erhöhung läßt die bisherigen Fahrpreise gewaltig emporschnellen.

Der Schnellzugszuschlag beträgt für Zone 1 (1 bis 75 Kilometer) 3,00 Mk. für 1. und 2. Klasse, 1,50 Mk. für 3. Klasse; Zone 2 (76 bis 150 Kilometer) 6,00 Mk. für 1. und 2. Klasse, 3,00 Mk. für 3. Klasse; Zone 3 (über 150 Kilometer) 9,00 Mk. für 1. und 2. Klasse, 4,50 Mk. für 3. Klasse.

Die Mindestpreise für Schnellzug betragen für 1. Klasse 25.00 Mk., 2. Klasse 15,00 Mk. und 3. Klasse 7,50 Mk.

Weiter wird die Gebühr für das Betreten der Bahnsteige (Bahnsteigkarte) von 10 auf 20 Pfg. erhöht. Das Lagergeld für Reisegepäck und Expreßgut beträgt künftig 50 Pfg. (bisher 20 Pfg.) für Tag und Stück. Die Aufbewahrungsgebühr für Handgepäck wird von 20 auf 30 Pfg. erhöht. Als neue Gebühr wird eine Abfertigungsgebühr von 20 Pfg für Reisegepäck und Expreßgut eingeführt, die bei jeder Aufgabe von Gepäck und Expreßgut zur Verrechnung kommt. Die Gepäckfrachtsätze sind ebenfalls erhöht, die Mindestgebühr ist auf 1,20 Mk. festgesetzt.

Gestohlene Fahrräder.

Bei Engel am Gotthardisteich sind zwei Fahrräder gestohlen worden und zwar eines Marke Brennabor mit aufwärts gebogener Lenkstange, schwarzem Rahmen und schwarzen Felgen, Fabrik-Nr. 836 228; das andere ist ein Wanderer-Rad, genau wie ersteres ausgestattet, Fabrik-Nr. unbekannt. Vor dem Ankauf dieser Räder wird dringend gewarnt.

Eisenbahnunglück.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr unweit Schotterey. Ein Geschirr, das die Geleise der Strecke Schafstädt—Lauchstedt kreuzte, bemerkte, wohl infolge des Nebels, das Herannahen des Zuges nicht. Der Wagen an dem noch eine Schlepp-harke hing, wurde zertrümmert, der Geschirrführer der schwer verletzt war, wurde von dem Zuge nach Lauchstedt mitgenommen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ein Schwein gestohlen.

Frankleben, 29 Sept. Dem Arbeiter Münter von hier wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Schwein gestohlen, kurz zuvor waren ihm schon eine Anzahl Enten entwendet worden.

Zusammenstoß der Ueberlandbahn mit einem Güterzug.

Frankleben, 1 Oktbr. Heute früh 7 Uhr stieß der von Mücheln kommende Zug der elektrischen Ueberlandbahn an der Kreuzung mit dem Anschlußgleis der Zuckerfabrik Körbisdorf mit einem auf der Kreuzung haltendem Güterzuge zusammen. Der Zug hielt angeblich ohne Sicherung auf der Gleiskreuzung und wurde von dem Motorwagenführer infolge des herrschenden dichten Nebels zu spät bemerkt. Trotz Anwendung aller Bremsmittel konnte er den Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen und fuhr gegen einen Güterwagen. Personen wurden nicht verletzt, dagegen wurde durch den Anprall der Vorderperron des Motorwagens stark beschädigt.

Raubanfall.

Mücheln, 1. Oktbr. Ein Raubanfall wurde an dem Schlossermeister A. von hier verübt. Von der Reise zurückgekehrt benutzte er abends spät von der letzten Station der Müchelner Fernbahn aus ein Fuhrwerk mit einem Lehrling zur Heimkehr. In Lützkendorf fielen dem Pferd drei Räuber in die Zügel und hielten das Geschirr an. Dann fielen sie über den Heimkehrenden her unter ständiger Bedrohung mit vorgehaltenem Revolver, raubten ihm seine Brieftasche aus dem Rock, verschiedene Reisegegenstände und zwei Reisedecken und verschwanden.

Aus Provinz und Reich

Aus dem Schuldienst.

Teuchern, 1. Oktober Zu der hier seit dem Tode des früheren Kantors unbesetzte Lehrerstelle ist von der Schuldeputation der aus seiner bisherigen Stellung in Posen vertriebene Lehrer Kreuzberger gewählt worden. Demselben wird voraussichtlich auch das Kantorat übertragen werden.

Der neue Oberbürgermeister von Düsseldorf.

Düsseldorf, 30. September. Die Stadtverordnetensitzung hat Oberbürgermeister Koch-Kassel zum Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt.

Wettervoraussage

Donnerstag, den 2. Oktober. Zunächst noch keine wesentliche Aenderung.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Letzte Depeschen

Ein Kriegsgefangenen-Heimkehrzug verunglückt.

Naumburg, 1. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Heimkehrzug 139 ist heute früh in Naumburg mit einem Eilgüterzug zusammengestoßen. Im einzelnen wird hierzu gemeldet: Heute vormittag 4 Uhr fuhr auf dem Naumburger Bahnhof ein Eilgüterzug dem Heimkehrzug 139 in die Flanke. Die Lokomotive fuhr in einen Wagen hinein, vier Wagen liegen auf den Schienen. Tote sind nicht zu beklagen, jedoch ein schwer Verletzter, sowie eine größere Anzahl Leichtverletzter. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Die Verletzten wurden nach Bad Kösen zurückbefördert. Der Zugverkehr erlitt durch den Unglücksfall erhebliche Störungen. Im Laufe des heutigen Vormittags konnte kein einziger Zug aus der Richtung Naumbrg einlaufen.

Acht Personen schwer verletzt. — 10 Tote?

Die „B. Z." meldet über den Unglücksfall: Der Heimkehrerzug 6655, von Tauberbischofsheim nach der Auflösungsstation Corbetha bestimmt, ist heute früh bei Naumburg a. S. auf den Eilzug 692 aufgefahren, wobei 8 Personen schwer verletzt wurden. — Nach einer anderen Meldung sollen bei dem Unglücksfall 10 Personen getötet worden sein.

Einigung über die Autonomie Oberschlesiens.

Berlin, 1. Oktober. Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern Oberschlesiens in der Preußischen Landesversammlung ist eine Einigung unter sämtlichen Parteien erzielt worden. Danach soll Oberschlesien die provinzielle Autonomie im Rahmen der weitgehenden Bestimmungen, die in Zukunft für die preußischen Provinzen gelten sollen, erhalten, und zwar möglichst sofort, nicht erst, wie ursprünglich geplant war, vom 1. April ab. Auch der Beirat beim Oberpräsidenten soll sofort geschaffen werden. Die Vereinbarung der Parteien ist um so bedeutsamer, als bisher alle Einigungsversuche zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gescheitert waren. Den Verhandlungen wohnten auch einige Vertreter Oberschlesiens in der Nationalversammlung bei. Auf Grund ihres Ergebnisses wird die Autonomievorlage für Oberschlesien, die gestern in der Landesversammlung zurückgestellt wurde, ohne weiteren Verzug erledigt werden können.

Namens der Zentrumfraktion der preußischen Landesversammlung setzte Vizepräsident Dr. Porsch folgende Richtlinien für den Standpunkt des Zentrums fest: 1. Das Zentrum ist mit der Provinzial-Autonomie zufrieden. 2. In dem Gesetz über die provinziale Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen. 3. Eine etwaige Propaganda für staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.

Die Kabinettsumbildung.

Unterbrechung der Verhandlungen.

Berlin, 1. Oktober. Die Verhandlungen über die sachlichen Grundlagen, die eine Neubildung des Kabinetts unter Zuziehung von Vertretern der demokratischen Partei ermöglichen sollen, sind unterbrochen, wenn auch nicht abgebrochen. Es hat sich gezeigt, daß die Schwierigkeiten wesentlich größer sind, als ursprünglich vielleicht angenommen worden war. Jedenfalls haben die Beratungen der Parteiführer des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten auch gestern kein positives Ergebnis gehabt.

Der Wiedereintritt der Demokraten gesichert?

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die Verhandlungen über den Eintritt der Demokraten in die Regierung werden im Laufe des heutigen Tages weitergeführt werden, doch ist eine formelle Entscheidung erst morgen nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten aus Breslau zu erwarten. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich die Demokraten und die bisherigen Regierungsparteien einander soweit genähert, daß in gutunterrichteten Kreisen mit einem positiven Ergebnis der Verhandlungen gerechnet wird. Die sachlichen Beratungen sind bereits soweit vorgeschritten, daß auch schon die Frage erörtert werden konnte, welche Ministerien von den Demokraten besetzt werden sollen. Hier bestehen noch einige Schwierigkeiten, die man aber heute und morgen beseitigen zu können glaubt. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Demokraten gegen das Verbleiben Erzbergers im Kabinett Widerstand erheben, entspricht nicht den Tatsachen. Ein Ausfallen Erzbergers aus dem Kabinett kommt nicht in Frage (!!), es handelt sich lediglich darum, daß den Demokraten unter Umständen die bisher von Erzberger innegehabte allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers zufallen wird. Mit dieser Uebertragung ist Erzberger einverstanden.

Wie reimt sich das zusammen?

Berlin, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Wie die „Neue B. Ztg." mitteilt ist es höchst zweifelhaft geworden, ob die Deutsch-Demokraten in der nächsten Zeit in die Regierung eintreten werden. Etwa die Hälfte der Fraktion ist dagegen und ungefähr die Hälfte dafür, aber auch diese nur unter gewissen Bedingungen.

Friedensbereitschaft der russischen Bolschewisten?

Amsterdam, 1. Oktober. (Eig. Drahtber.) Das Pressebüro Radio meldet aus Lyon, daß in Washington amtliche Nachrichten eingetroffen sind, nach denen die russische Sowjetregierung bereit wäre, Friedensverhandlungen unter folgenden Bedingungen einzuleiten: Abdankung der Sowjetregierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Erteilung eines Freigeleites für 12 Bolschewistenführer, darunter Lenin, Trotzki und Sinowjew, die sich nach Südamerika begeben wollen. Diese Vorschläge der Bolschewisten sollen den französischen und amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande übermittelt werden. Man glaubt, daß Wilson eine neue Regierung nicht vor dem Zusammentreten einer verfassunggebenden Nationalversammlung in Rußland anerkennen wird.

Deutschlands Entwaffnung.

Paris, 1. Oktober. Die Friedenskommission der Kammer hat endgültig folgenden Wortlaut des Vorschlages, der in ihrem Namen der Kammer unterbreitet werden wird, angenommen: Die Kammer ladet die Regierung ein, sich mit den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der Durchführung aller Maßnahmen zu verständigen, die die Entwaffnung Deutschlands und seiner Alliierten wirksam gestalten durch das Verbot gewisser Kriegsfabrikationen und durch Erfassung aller übrigen als notwendig erachteten Bestimmungen.

Ein Ministerium Bourgeois in Frankreich?

Genf, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Dem Ministerium Clemenceau droht nach dem „Liberte" eine neue Gefahr. Ueber die Notwendigkeit der Ratifikation des Friedensvertrages ist man zurzeit allgemein einig, aber man will alsbald nachher durch eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung den Sturz Clemenceaus und die Bildung eines neuen Ministeriums der republikanischen Konzentration herbeiführen. Man nennt Leon Bourgeois als einen Ministerpräsidenten der durchaus imstande wäre, eine Reihe von Persönlichkeiten von verschiedener Richtung, wie Barthou, Viviani, Briand usw., um sich zu vereinigen.

Neue Verhandlungen im Metallarbeiterstreik.

Berlin, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Heute um 11 Uhr haben auf Anordnung des Reichsarbeitsministers Schlicke neue Verhandlungen begonnen, zu denen die Metallindustriellen und Metallarbeiter Vertreter entsandten. Wie der deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, ist die Zahl der Betriebe, deren Belegschaften sich am Streik beteiligen wollen, von 156 auf 175 gestiegen, die Zahl der streikenden Betriebe hat sich von 120 auf 140 erhöht. Die Zahl der Streikenden ist von 31 300 auf 34 500, die Zahl der Ausgesperrten von 72 300 auf 77 000 gestiegen.

Die ersten Unruhen in England.

Rotterdam, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Auf der Linie der Londoner Südwest-Eisenbahn liegt der Verkehr ganz still, und aus dem Innern des Landes ist in London kein einziger Zug angekommen. Die Streikenden haben nicht verhindert, daß leichtverderbliche Waren vom Bahnhof abgeholt wurden, aber das Ausladen und Transportieren mußten die Kaufleute selbst besorgen. Die ersten Unruhen werden auch bereits gemeldet: An der Birminghamer Südküste wurde zweimal versucht, Eisenbahnzüge zum Entgleisen zu bringen, die Gleise werden jetzt durch Truppen bewacht. Es sind bewaffnete Truppen zur Bewachung der Eisenbahnstationen und des Wagenparks herangezogen worden. Ein Torpedojäger hat zwei Kompagnien Infanterie, mit völliger Ausrüstung und Munition versehen, an Land gesetzt.

Scheidemann wieder sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender.

Berlin, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wählte den Abgeordneten Scheidemann wieder zu ihrem Fraktionsvorsitzenden.

Die Kosten unseres Lebensmittelbedarfs.

Berlin, 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises dürfte nicht voll die Kosten decken, sondern es bleibt eine Differenz übrig. Diese, sowie überhaupt die Mehrkosten des Lebensmittelbedarfs für das Halbjahr Oktober 1919 bis April 1920 werden ungefähr auf 3¼ Milliarden Mark geschätzt. Wie wir erfahren, wird diese Gesamtausgabe ausschließlich vom Reich übernommen um Auseinandersetzungen mit den Ländern, den Gemeinden und dem Reich zu vermeiden. Eine entsprechende Ergänzung des Reichshaushaltsvoranschlages wird der Nationalversammlung in Kürze zugehen.

Eröffnung der Frankfurter Einfuhrmesse.

Frankfurt a. M., 1. Okt. (Eig. Drahtber.) Im großen Saal der Frankfurter Börse wurde gestern unter Teilnahme von Tausenden die erste Frankfurter Einfuhrmesse eröffnet. Oberbürgermeister Vogt sprach namens der Stadt herzliche Begrüßungsworte, Kommerzienrat Heffner namens der Handelskammer. Die Festrede hielt Professor Oppenheimer von der Universität Frankfurt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0003

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Buben
zeigen in dankbarer Freude an
Dipl.-Ing. Max Josenhans und Frau Thusnelda geb. Scheer.

Dr. Blümel, Halle S. Magdeburgerstr. 47
Facharzt für Hals, Nase, Lunge
verreist bis 12. Oktober.

Kunst-Ausstellung
zur 1000 Jahr-Feier
Schloßgartensalon
wurde auf vielfachen Wunsch bis Sonntag, den 5. Oktober 1919 einschließlich verlängert.
Geöffnet vormittags 8—12 Uhr.
nachmittags 2—5 „
(Sonntags von 10—12 und 2—5 Uhr).
Eintrittspreis 1 Mark.

Särge aller Art
empfiehlt
Hugo Schwimmer
Sarg-Magazin
Neumarkt 22 :: Neumarkt 22

Vornehme **Möbel**
Altrenommierte
Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Halle-S., Kl. Ulrichstr. 36a u. b.
Beste Kapitals-Anlage!

Makulatur hat abzugeben **Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)**

Reichsware in Männer-Anzügen u. Joppen
3 teil. Männer-Anzüge aus guten Wollstoffen z. Teil aus schwarzen u. blauen Tuchstoffen Mk. 125.— bis Mk. 299.—
2 teil. Männer-Anzüge aus guten derben Buxkinstoffen von Mk. 103.— bis Mk. 220.—
Männer-Joppen aus schweren Winterloden und aus velourartigen Stoffen von Mk. 60.— bis Mk. 75.—
Burschen- und Knaben-Anzüge
bei
Otto Dobkowitz.

Landwirtstochter, 29 J. alt, vermögend, sucht Bekanntschaft zwecks
Heirat
mit besserem Herrn, Beamter oder Landwirt (Vermittler verbeten). Offerten unter **A. D. 376** an die Exp. d. Bl.

Entlaufen!
200 Mark Belohnung
erhält, wer mir meine gestern entlaufene Ziege, scheckig mit Hörnern, sowie Böckchen, weiß, hornlos, wiederbringt oder deren Aufenthalt nachweisen kann.
Bruno Knoche Thür. Hof.

Ein paar 3jährige
Zugochsen
stehen zum Verkauf
Starkiedel Nr. 18.

Tivoli-Theater, Merseburg.
Donnerstag, den 2. Okt., abends 1/2 8 Uhr
Einmaliger heiterer Abend
Professor
Marcell Salzer
Vollständiges neues heiteres Programm.
Karten zu Mk. 4.20, 3.— und 1.90 (incl. Steuer) bei Herrn Faulmann Frahnert.

Stadttheater Halle
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: **Die Hugenotten.**
Freitag, abends 7 1/2 Uhr: **Hexenerl.**

1—2 Zimmer unmöbl.
an eine Dame zu vermieten.
Offerten unt. **Z. 375** an die Expedition dieses Blattes.

Junge Dame aus guter Familie, die in Buchführung bewandert ist, flott stenographieren und Maschine schreiben kann (keine Anfängerin) als
Sekretärin
zum baldigen Eintritt gesucht. Selbstgeschriebene Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Ansprüche unter **S. 373** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Preuß.-Süddeutsche Lotterie.
Die Erneuerung der Lose zur 4. Kl. hat bis **Freitag, 4. Okt** zu erfolgen.
Ziehung am 9 und 10. Oktober.
Kauflose noch zu haben.
Hallesche Straße 25.

Für unser kaufm. Kontor suchen wir eine
Lernende
Th. Grove Akt.-Ges.

Schmuck- und Gebrauchs-
::: Gegenstände :::
in Gold, Silber und Versilbert
empfiehlt
Erich Heine, Goldschmied
Burgstraße 10. Fernruf 572.

Ratskeller Merseburg.
Donnerstag, den 2. Oktober:
Erstes Künstler-Konzert
in der diesjährigen Wintersaison!
Ausgeführt von dem Görlach-Orchester Halle a. S.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf. mit Steuer.
O. Kießler.

Oeffentliche Volksversammlung.
Am **Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr** findet im **„Neuen Schützenhaus"** eine
öffentl. Volksversammlung
statt, zu der die gesamte Einwohnerschaft von Merseburg hiermit eingeladen wird.
Redner des Abends ist: **Dr. Stadtler-Berlin.**
Thema:
Der Fortgang d. deutsch. Revolution!
An den Vortrag schließt sich **freie Diskussion.**
Liga zum Schutze der deutschen Kultur.
(Sektion Halle).

Überlegen Sie
sich nicht lange und erweitern Sie Ihren Kundenkreis durch eine regelmässige Insertion im
Merseburger Tageblatt
(Kreisblatt)

Landwirtstochter sucht zum 1. Novbr. Stellung z. Erlernung d. Wirtsch. u. d. Kochens in bess. Haushalt. Angebote unt. **M. 377** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnung
3 bis 4 Zimmer, Küche usw., von Brau paar für 1. April od. früher gesuch. Angaben erbeten unter B. H. 4 an die Expedition dieses Blattes.

Geschäftsübernahme.

Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage die Bewirtschaftung des Gasthauses **„Zum halben Mond"** meinem Sohne **Kurt** übertragen habe.

Ich danke herzlichst für das mir in den vielen Jahren entgegengebrachte Wohlwollen und bitte, dasselbe auch meinem Sohne bewahren zu wollen.

Selma Fuß.

Einem werten Publikum die höfliche Anzeige, daß ich mit heutigem Tage die Bewirtschaftung des Gasthauses **„Zum halben Mond"** übernommen habe.

Es wird stets mein eifrigstes Bestreben sein, die mich Beehrenden nach besten Kräften zufrieden zu stellen und bitte ich um freundliche Unterstützung in meinem neuen Unternehmen.

Kurt Fuß und Frau.

Zigaretten
m. Goldmundstück garantiert rein, F. Banderolle, zu 26 Mark per Hundert; Probesendung von 100 St.; gegen Nachn., Porto extra.
Stuckenbrock & Co., Dresden-A 16 b.

Meine Wohnung befindet sich vom 3. Oktober ab
Lindenstraße 11
Telephon 635.
Albert Franke
beeid. Auktionator u. Landw.-Kommissionsgeschäft

Nach Ausscheiden aus meinem Dienstverhältnis als langjähriger Schlachthoftierarzt widme ich mich von heute ab der
Privatpraxis.
Stephan,
praktischer Tierarzt,
Merseburg, Karlstraße 19.
Vorläufiges Telefon Nr. 28.

Vorsichtige Männer
Aengstliche Frauen
befolgen Dr. med. Müllers Anweisung über natürliche Beschränkung der Kinderzahl. Unzählige Anerkennungen. Gegen Voreinsendung von Mark 1.— franko und verschl. vom
SANITAS-DEPOT. Abt.: 550, Charlottenburg 5.

Das Eheglück
der Frau beruht in ihrer Reinlichkeit und Gesundheit. Dies wird erreicht durch tägliche Anwendung des einzigen ärztlich empfohlenen Frauenspülmittels
„ALVITOL"
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien etc. Proben und Prospekte versendet
Max Hahn, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: L. Balz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Balz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 221 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

Schutz der Freiheit!

Die jüngsten Vorkommnisse in Bautzen, die widerlichen Ereignisse in Leipzig, wo 4 Grenzjäger von der Straße weg kalten Blutes umgebracht werden sollten, und vor allem die wahrhaft erquickenden Winterpläne der Kommunisten, wie sie jetzt bekannt werden, erinnern von neuem eindringlich daran, daß diese staatsfeindlichen Bewegungen noch lange nicht zum Stillstand gekommen, ihre Träger im Gegenteil äußerst rührig sind und die Erreichung ihres Zieles auf weitschauende, wie wir freilich hoffen wollen, unzutreffende Voraussetzungen aufzubauen gedenken. Die Regierung hat ja nun bereits erklärt, daß sie gerüstet sei; aber wer wird solchen Versicherungen trauen, wo es sich bei dem geringsten Putsch zeigt und zugegeben wird, daß die getroffenen Maßnahmen nicht hinreichen und die Ordnung jeweils nur notdürftig und nur mit unverhältnismäßig hohen Opfern unter den Reichstruppen wiederhergestellt werden kann? In frevelhafter Kurzsichtigkeit — die Regierung mag diese Politik ihre Ueberzeugung nennen — lehnt sie es ab, das Uebel an der Wurzel zu fassen; sie erwartet von allen Parteien, daß sie zu ihr stehen, läßt aber untätig zu, wie das Gesindel, das Deutschland in eine zweite Revolution stürzen will, hierzu alle erforderlichen Vorbereitungen trifft, und begnügt sich mit der kühnen Erklärung, es sei alles in bester Ordnung. Wir fürchten diese Ordnung, bei der harmlose, regierungstreue Bürger und opferfreudige Soldaten der Reichswehr sich in dauernder Gefahr befinden, einfach hingeschlachtet zu werden. Aber das ist nicht alles. Die Vorläufer und Begleiterscheinungen der Umsturzbewegungen werden Streiks, Lebensmittelkrawalle und andere durch die Revolution gezeitigte Annehmlichkeiten bilden. Solchen Aussichten gegenüber müßte die Losung sein: biegen oder brechen. Doch die Regierung will es anders und treibt damit seit nunmehr 10 Monaten ein verhängnisvolles Spiel. Mit der Einführung des Streikverbotes und der Arbeitspflicht, die das einzige Mittel wären, um in absehbarer Zeit wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse zu bekommen, kann unter diesen Umständen wohl kaum gerechnet werden.

Wenn so der Staat nicht im Stande oder gewillt ist, seine Bürger und die Arbeit, zu der er aus gutem Grunde immer so dringend ermahnt, durch energische Maßnahmen und durch die Gesetzgebung zu schützen, so muß zu anderen Hilfsmitteln gegriffen werden.

Es gilt, dem wohlorganisierten Angriff einer Minderheit gegenüber, wie ihn die Streiks und Ruhestörungen darstellen, eine defensive Gegenorganisation zu schaffen. Die Grundlage könnten die schon bestehenden Organisationen bilden, wie die Personalreserven für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Alle Bürger, Männer und Frauen, Arm und Reich, Alt und Jung — alle, die bereit sind, der drohenden Tyrannei zu widerstehen, und denen die Gesundung Deutschlands am Herzen liegt — müssen aufgefordert werden, freiwillig in diese „Freiheitswehr" einzutreten, um im Falle der Not an ihren Fähigkeiten entsprechenden Posten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Inganghaltung notwendiger Betriebe zur Verfügung zu stehen. Politik und Klassenunterschiede müßten dieser Organisation fernbleiben. Sie müßte durch Patrioten geleitet werden, die der Gedanke an das gemeinsame Interesse beseelt. Die Waffe muß derart sein, daß die Gesamtheit bei drohenden Streiks sagen kann: „Ihr könnt die Arbeit niederlegen, aber es wird euch nicht gelingen, uns das zum Leben Notwendige zu entziehen. Wir werden eure Plätze ausfüllen." Den notwendigen Rückhalt muß eine zuverlässige Reichswehrtruppe bilden, unterstützt durch Bürgerwehren, deren Organisation ebenfalls auszubauen und zu verbessern ist. Schon das Vorhandensein einer solchen Gegenwehr würde eine hemmende Wirkung auf die Machenschaften der Staatsfeinde ausüben.

Man gehe ans Werk, ehe es zu spät ist. Solange den wahnsinnigen, unreifen „Idealisten", den in- und ausländischen Hetzern und daneben dem Verbrechertum nicht die Möglichkeit genommen wird, zu jeder Stunde Leben und Ordnung zu bedrohen und das sieche Deutschland völliger Gesetzlosigkeit auszuliefern, ist das Wort Freiheit im Munde der Regierung ein Hohn und an einen Wiederaufbau Deutschlands nicht zu denken.

Auf falscher Fährte.

Von beachtenswerter Seite wird uns geschrieben:

Man kann sich schwer vorstellen, was eigentlich mit den allmählich zur Tagesordnung werdenden Enthüllungen bezweckt werden soll. Glauben die „Enthüller", durch ihre Veröffentlichungen auch nur dazu beizutragen, den wirren Knäuel der Zusammenhänge zu lösen, die zum Kriege geführt und späterhin das Zustandekommen eines früheren Friedens verhindert haben? Man darf getrost annehmen, daß sie vollkommen davon überzeugt sind. Fürwahr ein kleinliches Beginnen, das auf die Verquickung der Interessen von Einzelpersonen mit dem großen Probleme des Weltgeschehens hinausläuft.

Anders verhält es sich mit den Dokumenten der Regierungen, die größeren Anspruch auf Objektivität und daß für sich haben, daß sie sich im großen Zusammenhange lesen lassen und darum ein besseres Urteil über die Gesamtereignisse ermöglichen. Die Zusammensetzung und die Methoden der gegenwärtigen deutschen und österreichischen Regierungen legen den Gedanken nahe, daß bei ihren Veröffentlichungen nicht so sehr das Interesse des Vaterlandes maßgebend ist, vielmehr daß sie um der „Wahrheit" und der „guten Sache" willen erfolgen. Der guten Sache, die unsere Feinde mit der Verdammung Deutschlands zu der ihrigen gemacht haben, und auf der sie den Völkerbund aufbauen wollen. Und um für den Eintritt in den Völkerbund die Befähigung zu erlangen, müssen wir und unsere ehemaligen Verbündeten unter anderem es uns angelegen sein lassen, der Welt von den diplomatischen Aktionen, die dem Kriege unmittelbar vorausgingen und die während des Krieges in Sachen sogenannter Friedensfühler erfolgt sind, eine möglichst objektive Darstellung zu geben. Die Mitglieder der Entente hüten sich vor Enthüllungen. Der Sieg genügt ihnen. Es war aber nicht unbedingt zu erwarten, daß die Besiegten und Geächteten so verbissen sind, die Arbeit der Sieger, ihrer eigenen Peiniger, wo es immer möglich ist, zu erleichtern. Dies mußte deutscher Beschränktheit vorbehalten bleiben. Mit Befriedigung, wie man sich denken kann, nehmen unsere Feinde von den deutschen Enthüllungen Kenntnis und tragen daraus alles das zusammen, was der Vervollständigung ihrer Anklage Deutschlands als Urheber des Krieges und Verbrechervolk und damit der Rechtfertigung der Mordbedingungen von Versailles vor aller Welt dienen kann. Das Gleiche werden sie mit dem Wiener Rotbuch tun, von dessen Feststellungen über die Rolle, die Graf Berchtold vor Ausbruch des Krieges gespielt hat, man sich in Deutschland Vorteile zu versprechen scheint, weil sie die Schuldlosigkeit der deutschen Staatsmänner von 1914 dartäten. Wir stehen hier vor einem der sich immer wiederholenden Irrtümer deutscher Harmlosigkeit, die diesmal selbst deutschnationale Zeitungen befallen hat. Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe. „Politische Ratlosigkeit", so wird die Entente verkünden, „in einem Augenblick, wo es für einen ganzen Weltteil um die Frage geht, Krieg oder Frieden, bedeutet die Schuld am Kriege und wird von uns geahndet werden." „Außerdem", wird sich die Entente sagen", sind wir Sieger und haben soeben ein Welttribunal zur Aburteilung der Besiegten und am Kriege Schuldigen errichtet, das die Billigung aller Staaten der Welt gefunden hat.

An die Stelle der Hauptbeschuldigung, wir hätten Oesterreich im Augenblick seines Ultimatums an Serbien den Rücken gestärkt und die englische Vermittlung hintertrieben, werden also die Schiedsrichter der Welt kurzerhand, wenn es sein muß, die Anklage setzen, die sich aus den neuesten Wiener Dokumenten für sie ergibt. Dabei ist mit diesen noch nicht einmal das letzte Wort gesprochen. Bei der Schuld oder Mitschuld Deutschlands wird es aber bleiben.

Die Veröffentlichungen werden uns kein Glück bringen. Hüten wir uns wenigstens vor dem Wahn, die Schuld Berchtholds oder irgend welche andere Dokumente, die zu unseren Gunsten zu sprechen scheinen, bedeuteten Deutschlands Freisprechung und damit eine Milderung der Friedensbedingungen. Die Enttäuschung würde schmerzlich sein und wir haben des Kummers genug. Wir müssen uns befleißigen die Dinge nüchterner anzusehen und den gefährlichen Weg der Illusionen ein für alle Male zu verlassen. Man sollte meinen, dies könnte in der Lage, in der wir uns befinden, nicht schwer sein.

Politische Rundschau

Ein Dementi.

Berlin, 30. Sept. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Unter der Ueberschrift „Ludendorffs Hilfe für die Kriegskrüppel" bringt der „Vorwärts" die Mitteilung, daß der Reinertrag aus den in der ganzen Welt verkauften Kriegserinnerungen Ludendorffs ungefähr 20 Millionen Mk. betragen würde. Das Blatt will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß Ludendorff den Gesamterlös den im Weltkrieg verstümmelten deutschen Soldaten zuführen wird. Wie von unterrichteter Seite verlautet, entspricht die Nachricht in allen ihren Einzelheiten nicht den Tatsachen. Das Erträgnis von 20 Millionen Mark ist natürlich vollkommen phantastisch. General Ludendorff soll bisher Einnahmen aus seinem Werk überhaupt noch nicht gehabt haben.

Augenscheinlich hat der „Vorwärts" die Nachricht nur in der Absicht erfunden und verbreitet, um den Haß gegen Ludendorff neu zu beleben!

Die Verteilung der deutschen Schiffe.

Rotterdam, 30. Sept. Die amerikanische Regierung gibt bekannt, daß einige große deutsche Passagierschiffe, darunter der „Imperator", nicht, wie beabsichtigt war, der englischen Cunard-Line überlassen werden sollen, sondern daß diese Schiffe im Besitz Amerikas bleiben werden. Ueber die Gründe hierfür verlautet von anderer Seite, daß die Aenderung eine Folge der Unzufriedenheit der maritimen Waffenstillstandskommission mit der Verteilung der Oeltankschiffe sei, die in den deutschen Häfen beschlagnahmt wurden. Diese Schiffe sollen von der Standard Oil Company verlangt worden sein, die einen formellen Protest gegen ihre Verteilung unter die anderen Mächte eingebracht hat. Der „Imperator" und andere deutsche Schiffe sollen als Pfand zurückgehalten werden, bis die Frage erledigt ist.

Beratungen über Oberschlesien.

Berlin, 1. Oktober. Gestern nachmittag begannen hier Besprechungen über die oberschlesische Frage, an denen das Reichskabinett, die preußische Regierung, die oberschlesischen Abgeordneten der preußischen Landesversammlung, eine aus 2 Zentrumsleuten, 2 Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehende Fünferkommission, ferner der Oppelner Regierungspräsident und auch Reichskommissar Hörsing teilnehmen. Zweck der Sitzung ist die Klärung der Unstimmigkeiten zwischen der bekannten Kundgebung Erzbergers in der oberschlesischen Frage und den Ausführungen des preußischen Ministers Hirsch.

Englische Wirtschaftsbevormundung.

Das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses Fred. A. Britten machte einem Vertreter der „Voss. Ztg." folgende Mitteilung über den britisch-deutschen Clearinghouse-Vorschlag:

Schuld und Sühne.

Original-Roman von Erich Ebenstein.

43] (Nachdruck verboten)

Fräulein Spira stieß einen Schrei aus. Dann sank sie. Angst und Entsetzen im Blick, auf den nächsten Stuhl und schlug die Hände vors Gesicht.

„Also umsonst! Alles umsonst . . .", stöhnte sie. „Gerade, was ich fürchtete . . . und verhindern wollte — ist geschehen!"

Veras Stimme bekam plötzlich einen harten Klang.

„Was ist Ihnen, Fräulein Spira? Kennen Sie den Mann etwa?"

„Ja — ich kenne ihn! Und ob ich ihn kenne!" Sie sprang erregt auf. „Aber er ist unschuldig! Ich weiß es! Ich schwöre es Ihnen! Nur eine Verkettung unglückseliger Umstände konnte diesen entsetzlichen Verdacht auf ihn lenken . . . Ein anderer . . . ein Freund von ihm hat die Tat begangen. Wenigstens glaube ich, daß er sie begangen hat . . ."

Sie fuhr sich über die Stirn. „Ach, Sie können mich ja gar nicht verstehen! Sie halten mich vielleicht für verrückt"

„Nein. Aber wollen Sie mir nicht erklären, was Sie so in Erregung versetzt?"

„Ja. Ich will Ihnen alles erzählen. Schon längst wollte ich es. Nur die Rücksicht auf ihn hielt mich ab. Aber jetzt . . Sie müssen mir auch raten. Ich bin ja in Verzweiflung . ."

Sie zog Vera neben sich auf das Ruhebett und begann in fieberhafter Hast zu sprechen.

„Er heißt Hersbach. Fritz Hersbach. Und ist mein Verlobter. Vor drei Monaten lernten wir uns kennen. Er kam zu mir im Auftrag seines Freundes, des Gatten Helene Wildenroths. Ich mußte ihm alles von Helene erzählen, was ich wußte. Wie sie lebt, ob sie nie von ihrem Gatten, Friedrich Kunze, zu mir gesprochen habe, und was das für eine Geschichte mit Dr. Hardy sei? Kunze sei rasend eifersüchtig auf diesen, denn Helene habe ihm geschrieben, sie liebe Hardy und wolle frei sein, um ihm angehören zu können. Sie bot Kunze sogar Geld — eine bedeutsame Abfindungssumme — wenn er in die Scheidung willige. Schlage er es aber ab, dann würde sie ohne Rücksicht auf den Skandal alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Ungültigkeitserklärung ihrer Ehe zu erlangen. Denn Kunze habe sie unter falschen Vorspiegelungen geheiratet."

„Ist das wahr?"

„Ja. Hersbach bestätigte es mir. Er gab auch zu, daß Kunze wegen Wechselfälschung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt war, und diese Strafe tatsächlich verbüßte. Aber er setzte hinzu, Kunze, der ein Schulkamerad von ihm sei, und mit dem er seit der Kinderzeit befreundet gewesen, sei trotzdem kein schlechter, sondern nur ein schwacher Mensch, dessen Gefühl für Helene tief und echt sei. Und weil er Mitleid mit ihm habe und sehe, wie Kunze an dieser Liebe sonst zugrunde gehe, habe er sich entschlossen, ihm zu helfen. Er wolle die beiden Gatten miteinander versöhnen und sei überzeugt, daß dies gelingen werde, wenn Helene nur in eine persönliche Zusammenkunft willige. Bis jetzt weigere sie sich nämlich hartnäckig, ihrem Gatten eine Unterredung zu gewähren. Deshalb habe er, Hersbach, die Vermittlung übernommen, und bitte auch um meine Hilfe."

„Sie haben ihm diese zugesagt?"

„Ja. Ich fand es rührend von Hersbach, sich seines Jugendfreundes so warm anzunehmen, obwohl er selbst seine Existenz dabei aufs Spiel setzte!"

„Wieso das?"

„Hersbach stammt aus einer äußerst strengen, reichen Patrizierfamilie, die eine Reederei in Hamburg besitzt. Sein Vater, von dem er ganz abhängt, verbot ihm schon von Jahren auf das strengste jeden Verkehr mit Kunze, da er ihn immer für einen leichtsinnigen Menschen hielt. Später, als Kunze in Berlin allerlei leichtfertige Streiche ausführte, wurde dies Verbot wiederholt, und Fritz brach auch wirklich allen Verkehr mit dem Jugendfreund ab. Aus den Zeitungen erfuhr er später Kunzes Verurteilung. Aber nachdem dieser seine Strafe verbüßt hatte, erschien er plötzlich eines Tages in Hamburg bei Fritz und bat ihn flehentlich um Unterstützung. Er wolle drüben in Amerika ein neues Leben beginnen und ein besserer Mensch werden, sei aber im Augenblick völlig mittellos. Er schüttete ihm sein ganzes Herz aus, erzählte ihm von seiner Ehe, daß Helene nun nichts mehr von ihm wissen wolle, daß er aber nicht ruhen noch rasten würde, bis sie wiederversöhnt sei. Kurz, er wußte Hersbachs gutes Herz so zu rühren, daß dieser ihn nicht nur reichlich mit Geld versah, sondern auch versprach, ihm feinerzeit behilflich zu sein, Helene zu versöhnen."

„Erfuhr Herrn Hersbachs Vater davon?"

„Ja. Leider. Und es wäre darüber beinahe zum Bruch zwischen Vater und Sohn gekommen. Endlich beruhigte sich der alte Hersbach und nahm Fritz nur nochmals das Versprechen ab, fortan in keiner Weise weder mündlich noch schriftlich mit dem „Verbrecher" in Verbindung zu treten, sonst würde er kein Erbarmen kennen und Fritz verstoßen. Denn eine Familie Hersbach dürfe auch nicht im entferntesten mit einem Menschen wie Kunze Beziehungen haben."

„Und trotzdem gab sich der Sohn später wieder dazu her, hier die Vermittlerrolle zu übernehmen?" frug Vera ungläubig.

Fräulein Spira nickte.

„Ja. Er ist so gut und edel! Er kann niemand leiden sehen. Und Kunze war wie von Sinnen, als er auf Heleues Brief herüberkam. Er wollte sich ja in seiner Verzweiflung sogar vor Fritzens Augen erschießen! Fritz konnte ihn nur beruhigen durch das Versprechen, mit ihm hierher zu reisen und alles zu versuchen, um Helene wieder in die Arme des Gatten zurückzuführen. Natürlich mußte dies äußerst vorsichtig und heimlich geschehen, damit der alte Hersbach nichts erfuhr. Dies war um so schwieriger, als Hersbach Verwandte und Freunde hier besitzt, von denen er nicht gesehen werden durfte. Denn sein Vater glaubte ihn auf einer Rivierareise begriffen."

„Jetzt im Krieg? Das scheint mir doch unmöglich."

„Doch. Er sagte so. Wahrscheinlich meinte er die österreichische Riviera."

„Und wie wurde es dann hier?"

„Hersbach wandte sich zunächst an mich, da ich als Heleues einzige Freundin galt. Er vertraute sich mir ganz an, und da mir Helene einmal — allerdings ohne Namensnennung oder Einzelheiten — von ihrer unglücklichen Ehe erzählt hatte, konnte ich offen mit ihr sprechen . Ich sagte ihr, daß ihr Mann und ein vertrauter Freund von ihm hier seien, und jener Freund sie zunächst um eine Unterredung bitten lasse."

„Was antwortete die Dame?"

„Helene verhielt sich vom ersten Augenblick an völlig ablehnend. Sie wollte weder Kunze noch dessen Freund sehen, und verlange nur ihre Freiheit, sagte sie. Alles Zureden war vergebens. Sie war eben ganz erfüllt von ihrer Liebe zu Dr. Hardy, den sie immer noch zu gewinnen hoffe, wenn sie nur erst frei wäre. Es nützte gar nichts, daß ich ihr klar zu machen versuchte, Hardy liebe sie längst nicht mehr, ja, habe sie meiner Ueberzeugung nach überhaupt nie tief geliebt. Sie wollte einfach nicht hören."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0005

Ich kann nicht glauben, daß Deutschland den Abschluß eines Vertrages oder eines Abkommens mit britischen amtlichen oder nichtamtlichen Vertretern zulassen wird, das die deutsche Industrie in höherem Maße zum Vasallen Großbritanniens machen würde, als es jetzt zwischen Japan und China der Fall ist. Ich kann auch nicht glauben, daß Deutschland in einem britisch-deutschen Clearinghouse, das allein im Interesse Großbritanniens gegen die ganze Welt begründet würde, weitweite Gelegenheiten von sich weisen würde. Der große Kauf- und Verkaufsmarkt Deutschlands muß stets Amerika sein, und die Amerikaner werden britische Ueberlegenheit in der Maske eines Clearinghouses weder dulden noch anerkennen, wodurch sie dem einheimischen Verbraucher vermehrte Kosten auferlegen müßten, gar nicht zu sprechen von unserer natürlichen Abneigung gegen einen so unfairen Vorschlag.

Ueber die Schwierigkeiten bei der Einreise nach Deutschland berichtete der Amerikaner folgendes:

Es drückte mich nieder, als ich bemerkte, daß, obgleich ich einen besonderen Paß als Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses besaß, nachdem ich die Erlaubnis eines beglaubigten amerikanischen Zulassungsbeamten erhalten hatte und einen Paß von einem Vertreter der deutschen Regierung, ich doch noch die Erlaubnis der britischen Regierung einholen mußte, bevor ich nach Deutschland hineinkonnte, und zwar erst, nachdem man mich Mitternacht aus meinem Bett im Zuge geholt hatte. Wenn ferner amerikanische Geschäftsleute Großbritannien ihre geschäftlichen Gründe für die Reise nach Deutschland erzählen sollen, ist das eine andere üble Gewohnheit, die nicht gestattet sein sollte. Je schneller unsere Regierung dieser Bestätigung und Arroganz entgegentritt, desto schneller werden amerikanische und deutsche Geschäftsleute in gegenseitigen Interesse zusammenkommen. Ich denke, wir sind mächtig genug, den Eintritt nach Deutschland durchzusetzen, ohne zuerst britische Erlaubnis einzuholen. Man hat mir erzählt, daß nur 160 amerikanische Einreisescheine ausgestellt worden sind gegen etwa 2000 britische.

Wo bleibt der Strafantrag gegen Helfferich?

Ende Juni, als die Unterzeichnung des Schmachfriedens feststand, hat Staatsminister Helfferich seinen Feldzug gegen den Hauptschuldigen, den immer noch als Vizekanzler und Reichsfinanzminister amtierenden Herrn Erzberger, eröffnet. Nachdem die schweren Anschuldigungen durch Herrn Erzbergers verlegenen Versuch einer journalistischen Verteidigung unwiderlegt geblieben waren, wandte sich Helfferich am 17. August unter Uebersendung einer Broschüre „Fort mit Erzberger!" an den Reichspräsidenten Ebert, mit dem Ersuchen, das Erforderliche für eine einwandfreie Feststellung des seinen Anschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts in die Wege zu leiten. Der amtliche Telegraph machte daraufhin am 19. August bekannt, daß auf Antrag des Reichsfinanzministers das Reichsjustizministerium „bereits" am 16. August mit der „Prüfung der Unterlagen" eines gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers einzuleitenden Strafverfahrens beauftragt worden sei. Es vergingen drei Wochen, ohne daß etwas weiteres geschah. Am 5. September wandte sich Helfferich deshalb erneut an den Reichspräsidenten, um die Angelegenheit in Erinnerung zu bringen. Darauf veröffentlichte der amtliche Telegraph ein Schreiben des Reichspräsidenten an den Staatsminister Helfferich, des Inhalts, daß das Reichskabinett „dieser Tage" beschlossen habe, beim preußischen Justizminister Strafantrag gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers zu stellen. Inzwischen sind abermals drei Wochen ins Land gegangen, und die einzige, bisher in Erscheinung getretene Folge des Strafantrags gegen Helfferich ist, daß die Regierungspresse verkündigt hat, Herr Erzberger beabsichtige nicht, aus der Sache einen politischen Prozeß werden zu lassen, sondern lediglich Herrn Helfferich einer Bestrafung wegen Beleidigung zuzuführen. Auch erfuhr man, welche Rechtsbeistände Herrn Erzberger in Kefer Strafsache gegen Helfferich „verteidigen" würden, darunter der Präsident der Nationalversammlung, Herr Fehrenbach. Davon aber, daß der preußische Justizminister oder der Staatsanwalt bisher irgendwelche Schritte auf Grund des Strafantrags unternommen hätten, hat noch niemand — auch der Nächstbeteiligte — bisher irgend etwas gehört.

Ein brennendes Bedürfnis nach Reinigung scheint also auf der Seite des laut Votum des Reichsjustizministeriums und des Reichskabinetts beleidigten Herrn Erzberger — er selbst hat für solche Dinge offenbar kein eigenes Gefühl — nicht zu bestehen. Oder sollte es ihm lediglich auf eine möglichst lange Galgenfrist ankommen, die er in einer Anwandlung übermenschlicher Großmut seinem Gegner wider dessen Willen aufdrängen will?

Deutsche Nationalversammlung.

Die erste Sitzung im Berliner Heim.

Zu Beginn der gestrigen ersten Sitzung nach der Sommerpause wünschte Präsident Fehrenbach der Nationalversammlung einen segensreichen Einzug in ihr Berliner Heim.

Abg. Lobe (Soz.) fragt an, ob die Regierung das Vorgehen des Volksbundes

in Sachen der Kriegsgefangenen

billige. Regierungskommissar Stücklen: Das unqualifizierbare Vorgehen des Volksbundes hat der englischen Regierung erst das Material geschafft, das dann diese gegen unsere Kriegsgefangenen ausspielte. Die Kriegsgefangenen haben sich dankbar und erfreut gezeigt, daß sie von der Heimat in so herzlicher Weise willkommen geheißen wurden.

Sodann wird der Notetat in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die durch

die inneren Unruhen verursachten Schäden.

Abg. Heimann (Soz.): Jede Haftung lokaler Gemeinden für Schäden aus Unruhen müßte ausgeschlossen sein. Ich beantrage Ueberweisung an den Hauptausschuß.

Abg. Astor (Ztr.): Wir können den Grundgedanken des Gesetzes nicht billigen, daß die Resolutionsschäden auf gleiche Grundlage wie die Kriegsschäden gestellt werden sollen. Ich beantrage Ueberweisung an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Koerner (Dem.): Das Gesetz jetzt gerade eine Prämie auf Plünderung. Vielleicht kann man auch die Veranstalter der Unruhen zu der Entschädigung heranziehen. Ich beantrage Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Unterstaatssekretär Lewald: Die Unruhen werden in den meisten Fällen von Mitgliedern der Gemeinden, nicht von Fremden, erregt, also ist die Gemeinde verantwortlich. Gerade wenn die Schäden voll ersetzt werden würden, dann wre das eine Prämie auf die Plünderung. Heute ist es unmöglich, daß das Reich die Schäden in ihrem ganzen Umfange ersetzt.

Abg. Wermuth (Dn.): Die Haftpflicht der Gemeinden kann nicht ganz ausgeschaltet werden, zumal die Schäden nicht nur durch die Tumultuanten, sondern auch bei der Abwehr verursacht werden.

Um 6¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Außerdem Interpellation Heinze: Valutafrage.

* * *

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Der Aeltestenrat der Nationalversammlung beriet gestern über die Geschäftslage. Es sollen eine Interpellation über die Valutafrage und sodann die Interpellationen der Demokraten über den Kleinwohnungsbau zur Behandlung kommen. Weiterhin sollen die Berichte des Hauptausschusses über die Zukunft der Heeresbetriebe zur Erörterung gestellt werden. Wenn die Ergänzungen zum Haushaltsplan erhältlich eingegangen sind, sollen diese behandelt und der Gesamthaushaltsplan etwa bis zum 21. Oktober fertiggestellt werden. Die Reichseinkommensteuer soll inzwischen zur ersten Lesung gebracht und dann in den Ausschüssen auch während der Pause, die am 21. Oktober auf drei bis vier Wochen eintritt, weiter behandelt werden. Ueber die Erledigung der Steuergesetze konnte ein Beschluß noch nicht gefaßt werden. Wegen der ungünstigen Fahrverbindungen werden die Montage und Sonnabende nicht freigelassen werden.

Aus Stadt und Umgebung

Arbeitgeberversammlung.

Auf die für Donnerstag abend nach Müllers Hotel einberufene Versammlung des Arbeitgeberverbandes weisen wir hierdurch nochmals ausdrücklich hin. Es handelt sich angesichts der herausfordernden Haltung der Angestelltenverbände um schwerwiegende Beschlüsse, welche die Anwesenheit jedes Arbeitgebers zur unbedingten Notwendigkeit machen.

Der zweite Vergaser-Wettbewerb des A. D. A. C.

diesmal gemeinschaftlich mit der Kraftfahrtechnischen Prüfungs-Kommission veranstaltet, hat am 23. d. Mts. in Berlin begonnen. Bei den außerordentlichen Brennstoffschwierigkeiten, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern zu verzeichnen sind, wird dem Ausgang dieses Bewerbes außergewöhnlich großes Interesse entgegengebracht. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, hat den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, mit dieser Veranstaltung sein Arbeitsgebiet mehr auf die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Seite verlegt. Von den 16 für die Prüfung gemeldeten Vergaserfirmen sind 15 in den Wettbewerb eingetreten. Die Vergaser wurden in von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellte einheitliche 3 T Daimler-Lastwagen eingebaut. Die Versuchsfahrten dauern an 5 Tagen in der Umgebung Berlins auf einer Strecke von je 58 Klm. statt. Im Anschluß hieran werden dann die verschiedenen Vergasertypen noch Bremsstandprüfungen in den Laboratorien der Technischen Hochschulen Dresden und München unterzogen. Für Kleinvergaser findet in einigen Wochen der gleiche Wettbewerb statt. Hier werden die Versuche auf der Landstraße einheitliche N. S. U.-Motorräder und auf dem Prüfstand Wanderer-Motoren verwendet. Während der ersten Fahrtage kommt als Brennstoff eine Mischung von je 50% Benzol und Treiböl zur Verwendung. Dann wird Benzol mit Petroleum, Motorenbenzol und schließlich amerikanisches Rohbenzin den Betriebsstoff bilden. Der erste Fahrtag brachte bereits sehr gute Ergebnisse. Fast sämtliche Motore sprangen ohne sonderliche Schwierigkeiten an. Vereinzelte Störungen während der Fahrt waren zumeist auf verölte Zündkerzen zurückzuführen. Die Prüfung über den Kilometer in der Steigung brachte sehr interessante Resultate.

Neue Bestimmungen über Hausschlachtungen.

Die Verpflichtung der Fleischselbstversorger zur Abgabe von Fleisch und Fett ist aufgehoben worden, weil bei der Verteilung des ausländischen Specks und Schweinefleisches die Selbstversorger bis jetzt nicht berücksichtigt werden konnten. Von jetzt ab hat sich der Selbstversorger, wenn er mehrere Schweine hält und ein Schwein schlachten will, zur Abgabe eines mindestens gleichschweren Schweines, andernfalls zur Abgabe eines Schweinevierteils das mindestens den 4. Teil des festgestellten Schlachtgewichtes beim Nachlaufen der Genehmigung zu verpflichten. Die Verpflichtung zur Abgabe eines ganzen Schweines gilt als Abschluß eines Haltungsvertrages zugunsten des Viehandelsverbandes. Die abgelieferten Schweine sind zur Deckung des Schweinenaufbringens nach Maßgabe der Viehumlage, die abgelieferten Viertel zur Wurstbereitung im Kommunalverband zu verwenden. Gleichzeitig ist der Preis für Schweine, die auf Grund von Mastverträgen abgeliefert werden, erhöht worden und zwar wird gezahlt bei Abgabe eines ganzen Schweines 250 Mark für den Zentner Lebendgewicht, bei Abgabe eines Schweinevierteils 3,50 Mark für jedes Pfund Schlachtgewicht.

Dringender Hilferuf aus den Ostmarken.

Der „Deutsche Schulverein in Posen" schreibt an den Superintendenten Hammer in Nordhausen:

„Wir haben nunmehr den deutschen Schulverein in Posen als Zentralstelle für alle Schulfragen errichtet. Es sind an den Verein von Seiten gefährdeter Privatanstalten bereits Hilfesgesuche gerichtet worden. Wir müssen in einemfort vertrösten, da uns die Mittel zur Sicherstellung von Lehranstalten fehlen. Jede bestehende Privatschule ist für das Deutschtum hier besonders wertvoll, da für sie die Rechte des Artikels 8 des Minderheitsschutzvertrages in Anspruch genommen werden können. Wir wollen mit einer allgemeinen Werbetätigkeit für den Deutschen Schulverein in Posen und für die Gründung von zahlreichen Zweigvereinen einsetzen, aber auch dazu fehlt uns das Geld."

Es hat sich ein Allgemeiner Deutscher Schulausschuß in Bromberg gegründet, der zur Bildung örtlicher Schulausschüsse überall in dem abgetretenen Gebiete aufruft. Die erste Aufgabe dieser Schulkörperschaften besteht in der Aufstellung neuer Schulkatalogen als Grundlage zum Neuaufbau des deutschen Schulwesens. Auch hierfür fehlt das Geld. Der Schulausschuß hat ein großes deutsches Schulprogramm in seiner gestrigen Sitzung beraten und angenommen. Zu dieser Verwirklichung gehören aber reiche Mittel. Sie fehlen.

Die Lage auf dem Gebiete des Schulwesens ist trostlos. Die Regierung hat bisher nichts getan, um die Umstellung des Schulwesens irgendwie positiv vorzubereiten. Die Schulverwaltungsbeamten haben ihre Versetzungen in der Tasche. Das Kultusministerium hat unsere Lehrerschaft durch seine schwankende Haltung in Fragen der Rückendeckung der im Lande verbleibenden Lehrer zur Verzweiflung getrieben. Die Lehrer treiben zur Abwanderung. Für jede Hilfe, die schnell kommt, sind uns Mittel in die Hand gibt, ist das hiesige Deutschtum der Messer dankbar."

Gleich aus diesen Erfahrungen nicht klar hervor, daß mit der Hilfeleistung keine Zeit zu verlieren ist? Nun, deutsche Brüder und Schwestern im Vaterlande, alle, die ihr das schwer bedrohte Deutschtum in der Ostmark nicht untergehen lassen wollt in fester Hoffnung auf kommende bessere Zeiten, tut Herzen und Hände weit auf und gebt reiche Spenden nach eurem Vermögen für die Brüder der Ostmark. Es wird Aufgabe der am 8. Oktober in Berlin stattfindenden Tagung sein, eine Zahlstelle für diese Spenden zu eröffnen. Um aber keine Zeit zu verlieren, ist die Nordhäuser Bank in Nordhausen am Harz schon jetzt bereit, Zahlungen für die Ostmark anzunehmen. „Doppelt gibt, wer schnell gibt."

Mutterschutz und Wochenhilfe.

Durch ein neues, am 1. Oktober in Kraft tretendes Gesetz wird in Deutschland eine Mutterschaftsfürsorge geschaffen, wie sie kein anderer Staat der Erde auch nur annähernd hat. Der Inhalt des Gesetzes ist kurz folgender: Es sieht hier verschiedene Gruppen vor: 1. Wochenhilfe: Sie betrifft die weiblichen Personen, die kraft eigener Arbeit Mitglied einer Krankenkasse, also versicherungspflichtig sind. Sie erhalten als Wöchnerin die unten genannten Bezüge, wenn sie im letzten Jahre der Niederkunft sechs Monate Mitglied einer Krankenkasse waren. 2. Kriegswochenhilfe erhalten die Wöchnerinnen, deren Ehegatten aus Anlaß des Krieges noch nicht ihre Erwerbsarbeit aufnehmen konnten, z. B. Ehefrauen von Kriegsgefangenen, nicht erwerbsfähige Verwundete usw. 3. Familienhilfe erhalten die Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter, die nicht selbst versichert sind, aber mit versicherungspflichtigen Männern in einer häuslichen Gemeinschaft leben. Die Krankenkassen haben also die Wöchnerinnenfürsorge für diese Frauen ab 1. Oktober als Pflichtleistung einzuführen, nicht wie bisher als freiwillige Leistung. Die Kassen können zu diesem Zwecke von den Versicherten mit Familienangehörigen einen höheren Beitrag erheben. Insgesamt können die Kassenbeiträge gemäß § 14 des Gesetzes auf 6—10 vom Hundert des Grundlohnes gesteigert werden. 4. Wochenfürsorge erhalten die minderbemittelten Wöchnerinnen, die nicht unter die Gruppe 1—3 fallen, also nicht selbst versicherungspflichtig sind, auch keinen versicherungspflichtigen Ernährer haben. Dabei gelten als minderbemittelte die verheirateten Wöchnerinnen, wenn ihres Ehemanns und ihr Jahreseinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung 2500 Mk. nicht überstiegen hat. Dem Betrage werden für jedes lebende Kind unter fünfzehn Jahren 250 Mk. zugerechnet, so daß bei einer Familie mit vier Kindern die Grenze der Minderbemittelung bei 3500 Mk. liegt. Eine unverheiratete Wöchnerin gilt als „minderbemittelt", wenn sie im Jahre vor der Entbindung nicht 2000 Mk. verdient hat. Auch bei ihr werden für jedes vorhandene Kind 250 Mk. zugerechnet.

Die Leistungen dieser Mutterschaftsfürsorge sind folgende: a) Ein einmaliger Beitrag von 50 Mk. zu den Kosten der Entbindung; b) ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 Mk. täglich einschl. Sonn- und Feiertage. Das Wochengeld wird zehn Wochen lang gewährt von denen mindestens sechs nach der Niederkunft fallen müssen; c) eine Beihilfe von höchstens 25 Mk. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden (also vor der Geburt) erforderlich werden; d) ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pfg. täglich einschl. Sonn- und Feiertage, bis zum Ablauf der zwölften Woche.

Wochengeld wird nicht gleichzeitig mit Krankengeld gewährt, wohl kann Stillgeld und Krankengeld unter Umständen gleichzeitig bezogen werden.

Im ganzen sind bei jeder Geburt an eine krankenversicherte Wöchnerin noch den Mindestsätzen 243 Mk. zu zahlen. Für die Wöchnerinnen, die Anspruch auf Familienhilfe haben (siehe oben unter 3), sind die Leistungen im allgemeinen dieselben, nur wird als Wochengeld ein fester Betrag von 1,50 Mk., als Stillgeld ein fester Betrag von 75 Pfg. täglich gezahlt. Dieselben Leistungen gewährt die Wochenfürsorge (siehe oben unter 4). In diesen beiden Fällen betragen also die Höchstleistungen 243 Mk. In Deutschland werden zurzeit etwa 800 000 Kinder jährlich geboren. Nimmt man an, daß etwa 600 000 Geburten unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen, so würden durch die Mutterschaftsfürsorge jährlich etwa 145 Milionen Mark Kosten entstehen.

Von der Ausstellung.

In der Ausstellung im Schloßgartensalon befindet sich gegenüber dem Eingange ein Schaukasten mit Merseburger Münzen. Jahrelange, oft vergebliche Bemühungen hat der Verein für Heimatkunde aufwenden müssen, um diese Münzen zusammenzubringen, denn gerade die Merseburger Gepräge sind sehr selten, und die wenigen noch vorhandenen befinden sich zu meist im unveräußerlichen Besitz staatlicher Kabinette. Die Einteilung der ausgelegten Münzen ist folgende: 1. Mittelalter: Denare aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts und Brakteaten aus der Mitte derselben; ferner kleine Hohlpfennige aus dem 14. Jahrhundert. 2. Kipperzeit: 1621—1624 (Kriegsgeld aus dem Anfang des dreißigjährigen Krieges). Doppelkaler 1622 und ein 24 Kreuzer-Stück 1622. 3. Herzogszeit: 1653—1738. Denkmünzen auf die Merseburger Herzöge und ihre Familienmitglieder. Zwei Stück auf Moritz-Wilhelm gehören der Lutherhalle in Wittenberg. 4. Neuere Denkmünzen des 19. und 20. Jahrhunderts. Darunter solche zur Erinnerung an die Einführung der Reformation in unserer Stadt von 1843 und 1893; auf das 300jährige Bestehen des Domgymnasiums 1875, auf Merseburger Turn und Schützenfeste, endlich die eiserne Denkmünze mit dem Raben, vom Roten Kreuz gestiftet.

Sind auch mit der Zeit noch manche Lücken auszufüllen, so bietet doch schon die gegenwärtige Zusammenstellung einen lehrreichen Ueberblick über die in ihren älteren Stücken bisher fast unbekannten Münzgepräge des Stiftes und der Stadt Merseburg während eines Zeitraumes von 800 Jahren.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse muß bis Freitag, den 3. Oktober erfolgt sein. Kauflose sind beim Lotterie-Einnehmer Raymond, Halleische Straße noch zu haben.

Tivoli-Theater.

Auf den Marcell Salzer-Abend am Donnerstag sei nochmals empfehlend hingewiesen. In keiner Zeit hat künstlerische Erhebung und Entspannung mehr Berechtigung gehabt als jetzt. In diesen Tagen des allgemeinen Leidens, des Druckes und der Wirrnisse, die Kraft und Opferfähigkeit erfordern, ist seelische Aufmunterung und Erheiterung eine Wohltat. Der Vortrag beginnt pünktlich 7½ Uhr.

Aus Provinz und Reich

Neuer Raubmordversuch in Berlin W.

Berlin, 30. Sept. Ein raffiniert vorbereiteter Raubüberfall, bei dem zwei Personen lebensgefährliche Verletzungen erlitten, wurde gestern abend gegen 9 Uhr in der Kantstraße zu Charlottenburg verübt. Den Tätern gelang es, unter dem Schutze der Dunkelheit zu entkommen. Ueber den Vorfall, der die Sicherheitsverhältnisse in Groß-Berlin erneut kennzeichnet, erfahren wir folgendes: Am Sonnabend erschien in der Wohnung des Eierhändlers Moritz Krips, Kantstr. 131, ein junger Mensch in Soldatenuniform und bot Eier zum Verkauf an. Dabei erklärte er, seine Ware nicht bei sich zu haben, sie aber am Montag abend bringen zu wollen. Gestern abend zwischen ½ und ¾9 Uhr erschien der Soldat wieder und teilte dem ihm öffnenden K. mit, daß er die Eier unten zu stehen habe und sie sofort herausbringen werde. Wenige Minuten später kam er mit einem Karton zurück, und zwar in Begleitung zweier Männer, die anscheinend Entlassungsanzüge trugen. Der Händler ließ die drei Männer ein. Diese stürzten sich sofort auf ihn, knebelten ihn und beraubten ihn seiner Brieftasche mit 1100 Mk. Dann bearbeiteten die drei Männer den Gefesselten mit Dolchstichen, von denen einer die Lunge traf. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen eilte seine Frau herbei, die von den Räubern ebenfalls durch Messerstiche am Kopf verwundet wurde. Die stark blutende Frau eilte auf den Treppenflur und rief um Hilfe. Obwohl Hausbewohner herbeieilten, gelang es den Räubern, über den unbeleuchteten Treppenflur ungehindert zu entkommen. Auch die Verfolgung auf der nur notdürftig beleuchteten Straße blieb ohne Erfolg. Die erbeuteten 1100 Mark konnten die Burschen mitnehmen, während sie auf der Treppe ein blutbeflecktes Messer fortwarfen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Gerichtszeitung

Einstellung des Verfahrens gegen Leutnant v. Simons.

Berlin, 27. Sept. Gegen den früheren Leutnant v. Simons schwebte seit Mitte Juli bei dem Kommandantengericht Berlin ein Verfahren wegen eines angeblichen Mordversuchs an Rader, Leutnant v. Simons, der am 23. Juli mit anderen Offizieren, Studenten und Soldaten im Kriege erbeutete Fahnen aus dem Berliner Zeughaus geholt und Unter den Linden verbrannt hatte, versuchte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0006

einen Schreiber zu bestechen, falls er ihm einen Photoapparat zur Zelle des Radek verschaffen könnte. S. soll anderen Personen gegenüber erklärt haben, er werde unter dem Vorwande Radek zu befreien, in die Zelle schleichen und dort den Russen aufhängen. Zur Ausführung der Tat, wenn eine solche überhaupt beabsichtigt war, ist es nicht gekommen; der Regimentskommandeur der Truppe, die das Zellengefängnis bewachte, erhielt von der Angelegenheit Kenntnis, und Leutnant v. S. wurde, als er am 11. Juli wiederum im Gefängnis erschien, verhaftet. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß er gar nicht daran gedacht habe, Radek zu ermorden. Ihm sei es nur darauf angekommen, die Zuverlässigkeit der Wachtmannschaften zu prüfen. Das Kommandantengericht hat mehrere Monate hindurch die Angelegenheit im weitgehendsten Maße geprüft, ist jetzt aber dazu gekommen, das Verfahren gegen Leutnant v. Simons einzustellen. In der Begründung des Kommandantengerichts heißt es u. a.: Unter dem Gesichtspunkte des Mordes war die Tat nur strafbar, wenn sie bereits in das Stadium des Versuchs getreten war. Hier ist es jedoch bei den ersten Vorbereitungen geblieben. Urkundenfälschung kommt nicht in Frage, weil der Beschuldigte von keiner Urkunde Gebrauch gemacht hat. Für Mißbrauch der Dienstgewalt und Amtsanmaßung fehlt es an entsprechenden Anhaltspunkten." Leutnant v. S. ist bereits Anfang August aus dem Militärdienst ausgeschieden.

Das gerichtliche Nachspiel der Neukölner Unruhen.

Berlin, 27. Sept. Ein umfangreicher Prozeß, dessen Grundlage die bekannten Märzunruhen in Neukölln bilden, begann vor dem Kommandantengericht Berlin. Die Anklage lautet auf militärischen Aufruhr, Meuterei, Landfriedensbruch, Aufreizung zum Ungehorsam, unbefugte Bewaffnung von Zivilisten, Achtungsverletzung im Felde, Hehlerei und Unterschlagung dienstlicher Gelder. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Angeklagten gehörten dem Depot 12 der Republikanischen Soldatenwehr (R. S. W.) in Neukölln an. Dieses Depot stand anfänglich treu zur Regierung. Dies änderte sich jedoch im Januar d. J. mit der Wahl des jetzigen Angeklagten Brisch zum Soldatenrat des Depots. Wie die Anklage behauptet, soll durch die von ihm betriebene aufreizende Agitation eine Mißstimmung gegen die Regierung erzeugt worden sein, die Soldaten wurden täglich unzufriedener und die radikalen und regierungsfeindlichen Elemente bekamen die Oberhand. Noch schlimmer wurde es, nach Behauptung der Anklage, als der Angeklagte Fritz Schulz zum Depotführer gewählt wurde. Vorbestrafte Verbrecher führten das Wort und bestimmten alles. Schulz, der nach Bekundung des Bürgermeisters Karl Appich vorher völlig vermögenslos war, war plötzlich in der Lage, sich gegen bar zwei Pferde für 1900 Mk. zu kaufen.

In dem Depot wurden allerlei Schiebungen mit Lebensmitteln verübt, Diebstähle und Unterschlagungen waren an der Tagesordnung, so daß das Depot allmählich zu einer Gefahr für die Einwohner Neuköllns wurde. Alles Mögliche wurde verschoben, so daß dem Staate an Bekleidungsstücken, Wäsche usw. ein Schaden von 260 000 Mk., an Lebensmitteln in Höhe von 17 000 Mk. entstand.

Bei Verlesung der Anklage erklärt der Vorsitzende u. a., daß der Prozeß ja einen politischen Einschlag habe, aber kein politischer Prozeß sei. Das Gericht unterstelle, daß die Angeklagten ganz bestimmte Vorstellungen über die jeweilige politische Lage gehabt haben, es würden sich also längere Ausführungen über die politische Stellung der Regierung, über die Staatsverfassung und dergl. im allgemeinen erübrigen.

Das gerichtliche Nachspiel der Bottroper Unruhen.

Essen, 30. Sept. Die Erinnerung an die wilden Aufruhrtage des letzten Februarmonats, die im Westen ihren Höhepunkt mit dem Spartakistenzuge gegen Bottrop und den bekannten furchtbaren Gemetzelaten erreichten, wird lebhaft wieder wachgerufen durch einen Riesenprozeß, der vor der Essener Strafkammer seinen Anfang genommen hat. In diesem Landfriedensbruchprozeß sitzen nicht weniger als 240 Angeklagte auf der Anklagebank. Es sind ausschließlich Leute, die einmal in irgend einer strafbaren Form an der Erstürmung Bottrops teilgenommen haben, ferner solche, die nach der Erstürmung unter der von den Spartakisten errichteten Herrschaft in Bottrop eine strafbare Tätigkeit entwickelt haben. Für den Prozeß sind fünf Wochen in Aussicht genommen. Es ist jedoch fraglich, ob es gelingen wird, den Prozeß Ende Oktober, wie vorgesehen, abzuschließen. Mit Rücksicht auf die große Anzahl der Angeklagten zerfällt der Prozeß in neun Abschnitte, die für sich eine gewisse Abgeschlossenheit aufweisen. Die Angeklagten sind fast sämtlich Spartakisten und bekennen sich in der Verhandlung als solche.

Zwei Schufte.

Kiel, 30. Sept. Vor dem Kieler Kriegsgericht wurde gegen den Maschinisten Engelhardt und den Obermatrosen Keck vom Unterseeboot 56 verhandelt, durch deren Betreiben der Kommandant ihres Bootes, Kapitänleutnant Riesewetter im Mai d. J. auf der Heimreise von Spanien von den Engländern verhaftet wurde. Die beiden Angeklagten wurden wegen Landesverrats zu einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Turnen, Spiel und Sport

Gründung eines neuen Turnvereins.

In der Kolonie Rössen hat sich am 20. September 1919 ein Turnverein gebildet, der den Namen „Turnverein Rössen", gegründet 1919 führt. Der Turnverein hat sich der Deutschen Turnerschaft angeschlossen.

Fußball. — In unserer Punktabelle der Liga-Spiele ist durch falsche Drahtansage ein Fehler unterlaufen. Halle 98 konnte das Spiel am vergangenen Sonntag gegen Wacker-Nordhausen mit 4:0 gewinnen. Die Spitzengruppe wird dadurch nicht verändert. Wir lassen zur richtigen Uebersicht die Tabelle in geänderter Form nochmals folgen.

Der Stand der Meisterschaftsspiele im Saalekreis.

Liga-Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Tore	Punkte
Favorit	3	2	1	—	7:5	5
V. f. B.-Merseburg	3	2	—	1	5:5	4
Wacker	3	2	—	1	11:3	4
S. V. 98	2	1	1	—	5:1	3
Naumburger S. V. 05	3	1	1	1	11:11	3
Borussia	2	1	—	1	6:4	2
Sportfreunde	3	1	—	2	3:6	2
Halle 96	2	—	1	1	2:6	1
Wacker-Nordhausen	3	—	—	3	7:14	0

Die Spiele in der ersten Klasse geben noch keine klare Uebersicht über eine Voraussage des eventl. Meisters. Preußen-Halle steht mit 6 Punkten (alle 3 Spiele gewonnen) an der Spitze. Faßt jeden Sonntag gibt es neue Ueberraschungen. Jedenfalls hat Preußen-Halle die beste Aussicht.

Der Stand der Meisterschaftsspiele im Saalegau.

1. Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Tore	Punkte
Preußen Halle	3	3	—	—	20:3	6
Viktoria-Halle	3	2	1	—	10:2	5
Eintracht-Halle	3	2	1	—	13:3	5
Minerva-Halle	3	2	1	—	8:4	5
V. f. B.-Bitterfeld	2	2	—	—	6:4	4
Olympia-Halle	3	2	—	1	11:5	4
Konkordia-Halle	3	2	—	1	5:11	4
Teutonia-Halle	3	1	1	1	5:4	3
Sportbrüder-Halle	3	1	1	1	5:9	3
Halle 1910	3	1	1	1	6:8	3
Fortuna-Dölau	3	1	1	1	8:7	3
Union-Sandersdorf	3	1	1	1	6:5	3
B. C. Preußen-Merseburg	2	1	—	1	4:2	2
V. V. Hohenzollern-Merseburg	3	1	—	2	9:6	2
Askania-Nietleben	3	1	—	2	8:9	2
V. f. B.-Lettin	3	1	—	2	5:6	2
Ammendorf 1910	3	—	1	2	3:7	1
Wacker-Körbig	3	—	1	2	2:12	1
V. V. Germania-Merseburg	3	—	—	3	1:12	0
Sportlust-Halle	3	—	—	3	3:12	0

Spielansage. — V. f. B.-Merseburg wird am kommenden Sonntag auf dem eigenen Sportplatz in der Kraustraße (Ungarien) im Verbandsspiel in der Liga-Klasse der Mannschaft Halle 98 gegenüberstehen. Das fällige Verbandsspiel gegen Halle 96, daß am kommenden Sonntag in Halle auf dem 96er Platz angesetzt war, mußte wegen Spielverbot in Halle auf einen späteren Termin verlegt werden.

Pferderennen. — Die beiden neuen Magdeburger Renntage, am 25. und 26. Oktober, gelangen jetzt mit nicht weniger als 226 500 Mk. an Preisen zur Ausschreibung. Das aus zehn Flach- und vier Hindernisrennen geschickt zusammengesetzte Programm bringt am Sonnabend als Hauptnummer die Borussia, einen mit 40 000 Mk. ausgestatteten 1600-Meter-Ausgleich. Den Sonntag ziert sogar ein 60 000-Mark-Rennen, der über 1350 Meter führende Germania-Preis, der die Zweijährigen mit den schnellsten älteren Pferden zusammenbringen soll.

Rudern — Stadtachterrudern in Halle. Das vom Saale-Regattaverein in Halle veranstaltete Stadtachterrennen gewann im Endkampf die Hallische Rudergesellschaft von 1874. Hallescher Ruderverein Wölfberg und der Hallesche Ruderklub blieben eine halbe Länge zurück.

Radrennen. — Rütt, Lorenz, Arend, Schrage, Ostermeier, Tadewald sind für die am Sonntag neben dem „Großen Herbstpreis" zum Austrag kommenden Fliegerrennen auf dem Leipziger Sportplatz verpflichtet worden. Weiter haben sich einschreiben lassen die Besten unserer A-Klasse. Leipzig ist vertreten durch seine besten Fahrer Schenkel, Heyer, Jäberwig, Lüdicke und die durch ihren Sieg im letzten Zweisitzer-Hauptfahren in den Vordergrund getretenen Kirbach und Kirsten. Neben erstklassiger Besetzung im Dauerrennen bringt der letzte diesjährige Leipziger Renntag also auch eine erstklassige Besetzung der Fliegerrennen, wie sie Leipzig in diesem Jahre noch nicht gesehen hat.

Kartoffelbezug-Scheine

für die Gemeinden sind in Blocks zu 3×25 Stück zum Preise von Mark 1.25 erhältlich in unserer Geschäftsstelle.

Merseburger Tageblatt. (Kreisblatt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0007

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 100/9. 19. K. R. A.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilmachung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die von den Militärbefehlshabern unter Nr. W II 2384/1. 16. K. R. A. im Jahre 1916 erlassene, den Betroffenen namentlich zugestellte Anordnung, wonach es untersagt wurde, ohne Zustimmung der Kriegsrohstoff-Abteilung des Preußischen Kriegsministeriums über die im Auslande für Rechnung der Betroffenen lagernden Mengen an Baumwolle, Linters, Baumwollabgänge oder Baumwollabfälle zu verfügen und nach der die betreffenden Mengen zu melden waren, wird hiermit soweit aufgehoben, als es sich nicht um in der Schweiz lagernde Baumwollspinnstoffe handelt.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 12. September 1919 in Kraft

Berlin, den 12. September 1919.

Der Reichswehrminister.
Im Auftrage: Wolffhügel.

Ausgabe von Rübensaft

gegen gleichzeitige Abgabe von Bezugschein und Quittung Nr. 60 vom Donnerstag, den 9. Oktober 1919 ab.

Für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung ¼ **Pfund Rübensaft zum Preise von 20 Pfg.** zugeteilt.

Ausgabestellen:
1. Artus, Lauchstedterstraße,
2. Schumann, Unteraltenburg,
3. Weißhahn, Neumarkt,
4. Schurig, Obere Breitestraße,
5. Konsum, An der Geisel,
6. Bergmann, Gotthardtstraße,
7. Kleindienst, Weiße Mauer.

Ablieferung der eingenommenen Bezugsscheine und Quittungen am Montag, den 13. Oktober 1919 bis mittags 12 Uhr an die städtische Lebensmittelverteilungsstelle, Große Ritterstraße 5.

Merseburg, den 30. September 1919.

L.-A. II. 2818/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Die öffentliche Lesehalle im „Herzog Christian"

ist geöffnet jeden Tag von **früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.** Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.

Monatslesekarte	**Preis**	**—,50 Mark,**
Jahreslesekarte	„	5,— „
Familien-Monatslesekarte	„	1,— „
Familien-Jahreslesekarte	„	5,— „
Tageslesekarte	„	—,10 „

Die Karten sind im Herzog Christian zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege.
(E. V.)

Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofstraße 8 —

Postscheck-Konto: Leipzig 8806 Fernruf 540

unter Haftung und Sicherheit der Kreises

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.

Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse

— An- und Verkauf von Wertpapieren. —

Einlösung fälliger Zinsscheine und geloster Stücke.

Darlehne an Jedermann

gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezialanstalt z. Förderung des Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.

Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.

Völlig kostenlose Ausführung von Geld-Ueberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.

— Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften. —

Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Sicherheit

in Ihrer Wohnung bieten die feuer- und diebessicheren

Wand-Geldschränke

zum Einmauern!

Geldkassetten ⊗ Geldschränke

in jeder Art und Größe!

Fernruf 203 **Auto-Engel** Fernruf 203

Neueste

Schall-Platten,

Nadeln, Ersatzteile.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Max Schneider, Merseburg a. S.,
Schmalestrasse 14. Telefon 479.

Landwirte!

Gebt Eure Anzeigen auf bei dem Eure Interessen vertretenden **Merseburger Tageblatt** (Kreisblatt) und Ihr werdet Erfolg haben.

„Angebot"

Speise-Zimmer, Herren-Zimmer, Damen-Zimmer, Schlaf-Zimmer, Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung

cä. 150 Zimmer.

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Ein Abendzirkel in

Franz.—Engl.,

Buchf., Stenogr., Korresp., Rechtsw., höh. kaufm. Rechnen, beg. l. Anf. in d. nächst. Tag. Garant. sich. schnellst. Fortschrit, da leichtfassliche Methode. Stundenhon. 1,50 bezw. 1,— Mark. Damen u. Herren wollen sich meld. bei W. Fichtner, Quedlinburg, Steinweg 74.

Frauen und Mädchen

welche an Ausfluß leiden, gibt vertrauensvoll Auskunft unter „Leben und Gesundheit 4" Berlin SW. 13 postlagernd.

Für sofort oder 1 November

anständig. Mädchen

f. Küche u. Haus gef. Zu meld. m Buch bei Fr. Dr. Haake, Kloster 2.

Rasier-Apparate
Rasier-Klingen
Rasier-Messer
Rasier-Seife
Rasier-Pinsel
Rasier-Steine
Rasier-Essig

und alle Utensilien für Selbstrasierer empfiehlt

Parfümerie Otto Stiebritz,
Gotthardstr. 32.

Hühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen, werden schmerzlos, sicher und schnell beseitigt durch

Bilz Hühneraugensalbe

Dose Mk. 2,00. Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 145.

Flaschenzüge, Drehbänke, Bohrmaschinen, Ambosse, — hält grosses Lager —

Ernst Karius
Inhaber: Theodor Schaaf
HALLE A. S.,
:: Germarstrasse 2. ::
Fernsprecher 1251. . 4066.

Rauchtabak

Zigarren
Zigaretten

in allen Preislagen eingetroffen im

Havanna-Haus
Willy Arndt
Oelgrube 35.

Zwei ruhige, schöne Zimmer

von vornehmer Dame ev. mit guter Pension gesucht ab 15. 11. Offerten unter **H. C. 367** an die Exp. d. Bl.

Portier

gesucht.

Th. Groke A.-G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0008

Amtliche Anzeigen

für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 33. Merseburg, 1. Oktober 1919.

225 Die Angehörigen der Kriegsgefangenen weise ich darauf hin, daß es unbedingt notwendig ist, dem Truppenteil, von dem sie Unterstützung beziehen, die Rückkehr der Gefangenen sofort bekanntzugeben. In den meisten Fällen wird dem Truppenteil von der Rückkehr eines Gefangenen zu spät Mitteilung gemacht, wodurch erhebliche Ueberzahlungen an Löhnung vorkommen. Da nun die überhobenen Beträge unbedingt zurückerstattet werden müssen, die Angehörigen aber infolge der schlechten Wirtschaftslage den Betrag häufig nur mit Schwierigkeiten zurückzahlen können, entstehen unliebsame Weiterungen, die durch eine entsprechende sofortige Nachricht an die Truppe vermieden werden.

Merseburg, den 22. September 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Verordnung über Verbrauchszucker.

226 Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Zucker v. 17. Oktober 1917 in der Fassung vom 30. 9. 1918 (R.-G.-Bl. S. 1217) wird unter Aufhebung der diesf. Verordnung vom 29. 9. 1917/10 1. 1918 für den Umfang der Provinz Sachsen folgendes verordnet:

§ 1. Innerhalb der Provinz Sachsen darf im Handel ohne anderweitige Ermächtigung der Zuckerstelle für die Provinz Sachsen Verbrauchszucker jeder Art, einschließlich Kandis, nur gegen Bezugsschein der Reichszuckerstelle, Marken der Provinzialzuckerstelle, oder gegen Zuckerabschnitte der Lebensmittelkarte für Binnenschiffer verabfolgt und entnommen werden.

Die Ausstellung anderer Bezugsausweise — etwa durch Gemeindebehörden — und deren Belieferung ist verboten.

§ 2. Die auf farbigem Papier gedruckten Monatsmarken der Provinzialzuckerstelle lauten über 750, 625, 250 und 125 Gramm. Ferner werden für Großverbraucher Marken über 25 Klgr. Zucker ausgegeben. Diese sind gültig nur mit dem Stempel des Kommunalverbandes, der sie verausgabt. Die Belieferung ungestempelter Marken zu 25 Klgr. ist verboten.

Zucker darf nur vom ersten bis zum letzten Tage der den Marken aufgedruckten Monate geliefert und entnommen werden, selbst wenn die Ausgabe früher erfolgt. Zuckerempfang und Markenablieferung haben gleichzeitig zu erfolgen.

Für Sonderzuweisungen werden besonders, auf weißem Papier gedruckte Marken ausgegeben deren Gültigkeit von Fall zu Fall festgesetzt wird.

§ 3. Der Kleinhändler ist verpflichtet, alle eingenommenen Zuckermarken unverzüglich, spätestens am Abend der Einlösung, durch Aufdruck seines Firmenstempels, oder durch Aufschreiben seines Namens auf der Vorderseite zu entwerten und sorgfältig gegen Verlust und Diebstahl geschützt bis zur Abgabe an den Lieferanten aufzubewahren. Die nochmalige Verwendung entwerteter Marken durch Verbraucher und deren Belieferung durch die Kleinhändler ist verboten.

§ 4. Der Kleinhändler ist verpflichtet, alle eingenommenen Zuckermarken spätestens am 20. Tag jedes Monats seinen Lieferanten einzureichen unter Beifügung des von der Provinzialzuckerstelle vorgeschriebenen Begleitscheines. Erst hierauf erhält er entsprechende Zuckermengen wieder. Die Versendung durch die Post darf nur mit Einschreiben oder Wertpaket geschehen.

Marken, welche der Kleinhändler im letzten Monatsdrittel einnimmt, sind der Sendung des nächsten Monast beizufügen. Die Zuckermarken verlieren mit dem 20. Tag des Gültigkeitsmonat folgenden Monats den Anspruch auf Wiederbelieferung durch den Großhändler. Für die Sondermarken wird dieser Verfalltag besonders festgesetzt.

§ 5. Die Zuckerabschnitte der Lebensmittelkarte für Binnenschiffer sind vom Kleinhändler bis zum 5. Tage jeden Monats an den Kommunalverband abzuliefern. Von dort wird wegen Ersatz des an die Binnenschiffer verausgabten Zuckers das Weitere veranlaßt.

§ 6. Die Kleindhändler sind verpflichtet, den Ihnen gelieferten Grundbestand an Zucker ordnungsgemäß zu verwalten und ihn in der zugeteilten Höhe in Ware oder Zuckerbezugsbelegen (vergl. § 1 Abs. 1) bei Nachprüfung oder bei Aufgabe oder Veräußerung ihres Geschäftes nachzuweisen bezw. dem Nachfolger zu übergeben.

§ 7. Die Zwischen- und Großhändler sind verpflichtet, über die Abgabe von Zucker und den Empfang der Zuckermarken, ausschließlich nach den Bestimmungen der Provinzialzuckerstelle Buch zu führen. Die Wiederbelieferung der Kleinhändler darf nur auf vorher eingereichte Marken und unter Berücksichtigung des Kontostandes erfolgen, Jede Bevorschussung ohne Genehmigung der Provinzialzuckerstelle ist verboten.

Der Grundbestandführer hat der Provinzialzuckerstelle von jedem Konto das 8 Wochen lang ohne Veränderung bleibt, Anzeige zu machen.

Die Zuckermarken sind der Provinzialzuckerstelle nach deren näheren Anweisungen weiterzugeben. Der Versand durch die Post darf nur mittels Einschreiben oder Wertpaket erfolgen.

§ 8. Angestellte und Beauftragte der Händler sind ebenso wie diese für die Verrichtungen beim Verkehr mit Zucker verantwortlich; sie sind von den Händlern sorgfältig auszuwählen, zu unterweisen und zu beaufsichtigen.

§ 9. **Es ist verboten, Zuckermarken oder Bezugsscheine entgeltlich zu erwerben, zu veräußern oder zum Erwerb oder sonstwie mißbräuchlich zu verwenden. Auch der Versuch ist strafbar.**

Das Gleiche gilt auch für gefälschte Marken oder Bezugsscheine.

§ 10. Ueber den Umfang der Versorgung mit Zucker entscheiden die Kommunalverbände durch die Zuteilung der Zuckermarken im Rahmen der gegebenen Bestimmungen. Ebenso werden von ihnen die Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt.

§ 11. Wer den Vorschriften über die Regelung des Verkehrs mit Verbrauchszucker zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Magdeburg, den 25. August 1919.

Der Oberpräsident.
Zuckerstelle für die Provinz Sachsen.
Verwaltungsabteilung:
Bollert, Oberregierungsrat.

Merseburg, den 18. September 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

227 **Wochenfettmenge.**

Die Fettmenge für die Woche vom 28. Sept. bis 4. Okt. 1919 wird hiermit für Merseburg—**Land** auf die gewöhnlichen Fettmarken auf

250 Gramm

auf alle Zusatzmarken auf

50 Gramm

festgesetzt.

Zur Ausgabe gelangt amerikanisches Schweineschmalz und Margarine.

Die in den letzten beiden Wochen zu wenig verausgabten Fettmengen sind in dieser Verteilung mit enthalten.

Merseburg, den 27. September 1919.

Der kommissarische Landrat.
Kürsten, Kreis-Sekretär.

228 **Zusammenlegung der Kreise Merseburg und Querfurt zu einer neuen staatlichen Steuerveranlagungsbehörde.**

Die Kreise Merseburg und Querfurt sind mit 1. Oktober d. Js. zu einer neuen staatlichen Steuerveranlagungsbehörde mit dem Amtssitz in Merseburg zusammengelegt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0009

Diese Behörde führt im amtlichen Verkehr allgemein die Bezeichnung

„Preußisches Staatssteueramt."

Durch Erlaß des Herrn Finanzministers vom 31. August d. J. II. 22057 ist der Regierungsassessor Bröse z. Zt. in Konitz (Regierungsbezirk Marienwerder) an das Staatssteueramt Merseburg versetzt und zum hauptamtlichen Veranlagungskommissar besonders bestellt worden. Der Zeitpunkt der Versetzung steht noch nicht fest. Bis zum Eintreffen des Amtsleiters ist durch Verfügung der Regierung zu Merseburg vom 12. d. Mts. III A/B 1513, der Rechnungsrat Sauer zu dessen Vertretung ermächtigt worden.

Das bisher Domstraße 4 untergebrachte Steuerbüro wird aufgelöst.

Das neue Büro des Staatssteueramtes Merseburg befindet sich nach Durchführung des am 6. Oktober d. Js. beginnenden Umzuges in dem Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt Weiße Mauer Nr. 48 im II. Obergeschoß.

Im Winterhalbjahr sind die Bürostunden auf Vormittags 8 bis Nachm. 3 Uhr gelegt.

Mündliche Abfertigungen der Steuerpflichtigen finden nur von Vormittags 9 bis 12 Uhr statt.

Bei Übersendung von Dienstsachen ist die Vermittlung des Landratsamts nicht mehr in Anspruch zu nehmen. **Sämtliche Dienstsachen müssen unmittelbar dem Preußischen Staatssteueramt Merseburg zugehen.** Die Herren Gemeinde und Gutsvorsteher werden hierauf besonders verwiesen.

Für den Kreis Querfurt ist als Nebenbehörde in **Querfurt** ein **Zweigbüro** des Staatssteueramts in Wirksamkeit getreten. Zum Leiter desselben ist der Steuersekretär **Petraschewitz** berufen worden.

Merseburg, den 30. September 1919.

Preußisches Staatssteueramt.
J. V.: Sauer, Rechnungsrat.

---

229 **Personenstandsaufnahme für die Veranlagung 1920.**

Zufolge Anordnung der Regierung zu Merseburg v. 17. Sept. d. J. J.-Nr. III A B 1571 hat für die **Veranlagung für das Steuerjahr 1920 die Personenstandsaufnahme überall mit dem 16. Oktober d. J. zu beginnen.** Sie ist, soweit sie an diesem Tage nicht zu Ende geführt werden kann, an den folgenden Tagen ununterbrochen fortzusetzen und abzuschließen. (Artikel 40 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz.)

Bei der **Personenstandsaufnahme** sind **Hauslisten** zu verwenden.

Gleichzeitig bringe ich zur Kenntnis der Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorstände, daß nach Mitteilung des Herrn Finanzministers vom 8. d. Mts. II 22149 die Beschaffung von Vordrucken für die Einkommensteuerveranlagung für 1920 vorläufig zu unterbleiben hat.

Merseburg, den 29. September 1919.

Preußisches Staatssteueramt.
J. V.: Sauer, Rechnungsrat.

Bekanntmachung.

Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen.

Der Verwaltungsrat hat den Regierungsassessor **von Trotha in Skopau** und den Rittergutsbesitzer **Cornelius in Lössen** zu Stellvertretern des Kreisdirektors der Sozietät im Kreise Merseburg gewählt.

Merseburg, den 26. September 1919.

Der Generaldirektor.
Winkler.

---

231 # Kleinhandelshöchstpreise für Milch.

Unter Aufhebung der Bekanntmachungen vom 28. Juli d. Js. — Kreisblatt Nr. 169 vom 2. 8. 19 und Correspondent Nr. 168 vom 31. 7. 19 — und vom 25. 8. d. Js. — Kreisblatt Nr. 194 vom 31. 8. 19 und Correspondent Nr. 195 vom 31. 8. 19 — werden die Höchstpreise für Milch im Kleinhandel für den Umfang des Kreises Merseburg mit Ausnahme von Merseburg-Stadt vom 1. Oktober d. Js. ab, wie folgt festgesetzt:

a) beim Verkauf durch den Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher oder bei Lieferung an Milchverkaufsstellen am Orte „ab Stall"
   1. Vollmilch das Liter 56 Pfg.
   2. Butter- und Magermilch das Liter 26 „
b) beim Verkauf durch Milchverkaufsstellen, also diejenigen, die die Milch direkt vom Kuhhalter beziehen
   für Vollmilch das Liter 62 Pfg.
c) beim Verkauf durch Molkereisammelstellen oder Milchfahrer, soweit die Milch nicht molkereimäßig behandelt ist
   für Vollmilch das Liter 66 Pfg.
d) beim Verkauf von molkereimäßig behandelter Milch durch Milchhändler oder Milchverkaufsstellen für Schkeuditz, Lützen, Bad Dürrenberg und Pappitz
   1. Vollmilch das Liter 72 Pfg.
   2. Butter- und Magermilch das Liter 34 Pfg.
   für Merseburg-Land einschließlich Lauchstedt und Schafstädt
   1. Vollmilch das Liter 70 Pfg.
   2. Butter- und Magermilch das Liter 32 „

Merseburg, den 26. September 1919.

Der kommissarische Landrat.
J. V. Kürsten, Kreissekretär.

---

232 Die endgültige Regelung der Polizeistunde im Regierungsbezirk für das kommende Winterhalbjahr wird vom 1. November d. J. ab erfolgen. Die Gültigkeit der Bekanntmachung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 19. d. J. — I c 4321 — wird daher um einen Monat, also bis einschließlich 31. Oktober d. J. verlängert.

Merseburg, den 30. September 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

233 Da die gesetzliche Wahlperiode der auf Grund des § 46 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und Artikel 21 der hierzu ergangenen Ausführungsanweisung vom 4. November 1895 gewählten Mitglieder und Stellvertreter der Steuerausschüsse mit Ende dieses Jahres abläuft, hat eine Neuwahl der Mitglieder und Stellvertreter für die einzelnen Steuerausschüsse stattzufinden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Sonnabend, den 11. Oktober 1919, vorm. 9 Uhr

für die Gewerbesteuerklasse III und einen solchen auf

Sonnabend, den 11. Oktober 1919, vorm. 10 Uhr

für die Gewerbesteuerklasse IV im Sitzungszimmer des hiesigen Kreishauses anberaumt, zu welchem die beteiligten Gewerbetreibenden eingeladen werden.

In Klasse III sind fünf, in Klasse IV sind neun Mitglieder und in beiden Klassen eine gleiche Anzahl Stellvertreter zu wählen.

Wählbar sind nach § 47 des Gewerbesteuergesetzes nur solche männliche Mitglieder der Klassen III und IV, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Von mehreren Inhabern eines Geschäftes ist nur einer wählbar und zur Ausübung der Wahlbefugnis zu verstatten. Aktien- und ähnliche Gesellschaften üben die Wahlbefugnis durch einen von dem geschäftsführenden Vorstande zu bezeichneten Beauftragten aus, wählbar ist von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes nur eines. Minderjährige und Frauen können die Wahlbefugnis durch Bevollmächtigte ausüben, wählbar sind letztere nicht.

Die zur Wahl erscheinenden Gewerbetreibenden haben sich erforderlichen Falles durch Vorlegung der Gewerbesteuer-Veranlagungszuschrift für das Steuerjahr 1919 oder durch anwesende Mitglieder zu legitimieren.

Wird die Wahl der Abgeordneten und deren Stellvertreter verweigert oder nicht ordnungsmäßig bewirkt, oder verweigern die Gewählten die ordnungsmäßige Mitwirkung, so gehen nach Artikel 21 B Nr. 5 Abs. 1 der Ausführungsanweisung vom 4. November 1895 (§ 48 des Gewerbesteuergesetzes) die dem Steuerausschuß zustehenden Befugnisse für das betreffende Steuerjahr auf den Vorsitzenden über.

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises ersuche ich, vorstehende Bekanntmachung noch besonders in geeigneter Weise zur Kenntnis der Beteiligten ihres Ortes zu bringen.

Merseburg, den 30. September 1919.

Der Vorsitzende
der Steuerausschüsse der Gewerbesteuerklassen III und IV.
Dr. Mosle.

Möbl. Zimmer

von ruhigem älteren Herrn sofort gesucht,
Off. mit Preisangabe u. C. F. 342 Exp. d. Bl.

Merseburger Druck- und Verlagsanstalt (L. Balz).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191002-17/fragment/page=0010